



Nr. 266 | 11.04.2022

Ukraine–Analysen

- **Selenskyjs vs. Putins Rhetorik**
- **Gesellschaftlicher Widerstand**
- **Deutschlands Blick auf die Ukraine**
- **Selenskyjs Erfolge**
- **Ukrainische Verhandlungsposition**
- **Russische Kriegsverbrechen**

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH













ANALYSE

Zweierlei Spiegelungen. Putins und Selenskyjs rhetorische Strategien

Von Ulrich Schmid (Universität St. Gallen)

DOI: 10.31205/UA.266.01

Zusammenfassung

Der Krieg in der Ukraine wird nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch in den Medien ausgetragen. Einem nervösen, ja hasserfüllten Putin steht ein mutiger Selenskyj gegenüber, den einige Kommentatoren schon den »Churchill« des 21. Jahrhunderts nennen. Putin spiegelt westliche Vorwürfe an Russland zurück, während Selenskyj patriotische Narrative seiner internationalen Gesprächsparter aufnimmt und auf die aktuelle Situation in der Ukraine anwendet.

Putins »ewiges Russland« als Gegenbild zum »zerfallenden Westen«

Am 18. März 2022 versammelten sich mehrere Zehntausend Unterstützer Putins im Moskauer Luschniki-Stadion. Die Fernsehübertragung der bizarren Veranstaltung wurde mitten in der Rede des Präsidenten unterbrochen – angeblich wegen eines technischen Problems. Der wahrscheinlichere Grund waren die Buh-Rufe und Pfiffe, die aus dem mit Bussen herbeigekarrten und mit Handgeld ausgezahlten Publikum kamen. In seiner kurzen Rede zitierte Vladimir Putin aus dem Johannes-Evangelium: »Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt.« Die russischen Soldaten würden »Schulter an Schulter« kämpfen und sich im Notfall wie ein Bruder vor die Kameraden werfen, um die feindliche Kugel auf sich zu nehmen. »Eine solche Einheit gab es bei uns schon lange nicht mehr.« Putin hatte bereits in seiner Kriegserklärung vom 24. Februar 2022 zur inneren Geschlossenheit Russlands aufgerufen: »Ich rechne mit der konsolidierten patriotischen Position aller parlamentarischen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte.«

Es ist kein Zufall, dass Putin hier die Einheit des russischen Volkes beschwört. Russland ist aus seiner Sicht das Gegenbild des zerfallenden Westens, der sich in einer globalen McDonaldisierung auflöst. Der Liberalismus ist für Putin ein gescheitertes Gesellschaftsmodell, weil die universale Geltung der Menschenrechte die konservativen Werte der »einzigartigen russischen Zivilisation« einzuebnen droht. Seit 2020 sind nicht nur die »Ideale der Vorfahren« und der »Glaube an Gott«, sondern auch die direkte tausendjährige Nachfolge der Russischen Föderation aus der Kiewer Rus in der Verfassung festgeschrieben (Art. 67, 2).

In Putins Wahrnehmung gehört die Ukraine zu Russland

In seinem Artikel »Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer« vom Juli 2021 hatte Putin eine religiöse Metaphorik eingesetzt und von der »Dreieinigkeit des russischen, des ukrainischen und des belarussischen Volkes« gesprochen. Wie die göttliche Trinität bilden die ostslawischen Völker eine höhere Einheit, die nach der »geopolitischen Katastrophe« von 1991 wiederhergestellt werden muss. Dass Putin sich selbst in diesem Prozess implizit eine messianische Rolle zuschreibt, gehört zu seiner geschichtsphilosophischen Verblendung. Die Einheit der Ukraine und Russlands beschwor Putin am 21. Februar 2022 ein weiteres Mal, als er die Anerkennung der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk ankündigte: »Die Ukraine ist für uns nicht einfach ein Nachbarland. Sie ist integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums. Es geht um unsere Leute, um Menschen, die uns nahestehen, unter ihnen sind nicht nur Kollegen, Freunde, Menschen, mit denen wir gemeinsam gedient haben, sondern auch Verwandte, wir sind mit ihnen über Bluts- und Familienbande verwoben.« Putin behauptete, dass »die heutige Ukraine voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen wurde, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann im Grunde gleich nach der Revolution von 1917. Lenin und seine Mitstreiter gingen dabei äußerst rücksichtslos gegen Russland selbst vor, von dem Teile seiner eigenen historischen Gebiete abgetrennt und abgestoßen wurden.«

Wie Riccardo Nicolosi kürzlich herausgearbeitet hat, bedient Putins Rhetorik drei Ebenen: eine sachlogische, die sich oft einer juristischen Argumentation bedient, eine historische, die ein ideologisches Narrativ präsentiert, und schließlich eine affektive, die das Publikum emotional ansprechen will. Die drei Ebenen lassen sich gut in Putins kurzer Ansprache vom 2. März 2022 beobachten. Putin versuchte hier verzweifelt, die verheerende erste Kriegswoche kommunikativ in den Griff zu bekommen: Auf der sachlogischen Ebene kündigte er die Zahlung von 12,4 Millionen Rubel (rund 105.000 Euro) an die Hinterbliebenen von gefallenen Soldaten an, auf der historischen Ebene unterstrich er noch einmal, er werde niemals seine Überzeugung auf-

geben, dass die Russen und die Ukrainer ein Volk seien, und auf der affektiven Ebene kündigte er eine Schweigeminute für die Gefallenen an und beschimpfte die ukrainische Regierung ein weiteres Mal als »Neonazis«. Putin wechselt bei seinen Auftritten oft zwischen diesen Ebenen hin und her. Allerdings wendet er selten die Strategien des sogenannten »schwarzen PR« an, die auf den staatlichen Fernsehkanälen allgegenwärtig sind.

Putins verzerrte Spiegelbilder

Ein zentrales Motiv ist in Putins Reden die Spiegelung westlicher Vorwürfe. So bezeichnete er am 24. Februar 2022 die USA und ihre europäischen Verbündeten als »Imperium der Lüge«. Damit greift er einen rhetorischen Angriff des Westens an die Adresse Russlands auf und wendet ihn gegen seinen Gegner. Etwas Ähnliches gilt für das Motiv der militärischen Bedrohung. Ebenfalls in seiner Erklärung vom 24. Februar zeichnete Putin ein düsteres Bild eines NATO-Aufmarsches an Russlands Grenzen: »Es ist wohlbekannt, dass wir im Verlauf der vergangenen dreißig Jahre beharrlich und mit Geduld versucht haben, die Führungen der NATO-Staaten von den Prinzipien der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa zu überzeugen. Als Antwort auf unsere Vorschläge haben wir stets entweder zynischen Betrug und Lügen erhalten, oder es wurde Druck auf uns ausgeübt, man wollte uns erpressen. Und währenddessen wurde die Nordatlantik-Allianz ungeachtet unserer Bedenken immer weiter vergrößert. Die Militärmaschine ist in Bewegung, und, wie gesagt, sie steht schon an unseren Grenzen.« Mit diesem Klagelied richtet er den westlichen Vorwurf der russischen Kriegstreiberei durch den Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze gegen die NATO selbst, die nach der Osterweiterung Russland bedrohe. Ultimativ überhöht Putin die angebliche Kriegsgefahr aus der Ukraine mit dem infamen Argument, Selenskyjs Regierung bestehe aus Faschisten. Damit wandelt er sein zentrales historisches Legitimationsnarrativ ab, das den sowjetischen Sieg über Nazideutschland feiert. Genau so wie im »Großen Vaterländischen Krieg« die deutschen Nazis bekämpft wurden, müssen heute die angeblichen ukrainischen Neonazis vernichtet werden.

Putin wiederholt in seinen Reden gebetsmühlenartig sein eigenes ideologisiertes Geschichtsnarrativ, das exklusiv auf das »historische Russland« fokussiert. Er richtet sich dabei an das heimatliche Publikum und kümmert sich wenig um ein internationales Echo. Er nimmt Kritikpunkte des Westens an Russland auf und wirft sie mutatis mutandis zurück.

Selenskyj: Die Ukraine gehört zu Europa

Wolodymyr Selenskyj hingegen spiegelt in seinen Videoauftritten vor allem vertraute narrative Elemente aus der historischen Erfahrung seiner Zielgruppen. Er greift zentrale Ereignisse auf und verweist auf bekannte Zitate, die im Erwartungshorizont seines Publikums liegen. So wandte er sich in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 2022 in einer Fernsehansprache an die russische Bevölkerung und versuchte sie mit einem Zitat des russischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko auf die Bewahrung des Friedens einzuschwören: »Meinst du, die Russen wollen Krieg?«

Am 1. März 2022 sprach Selenskyj in einer Videoschaltung vor dem Europäischen Parlament. Er appellierte an die europäische Einigkeit, in die er auch die Ukraine einschloss. Anschließend machte er die Ukraine europäischer als Europa selbst und erhob ihren Widerstand gegen Russland zum Maßstab europäischen Handelns. Die Ukraine habe bewiesen, dass sie europäisch sei. Es liege nun an Europa, zu zeigen, dass es ebenso europäisch sei und die Ukraine nicht im Stich lasse: »Dann wird das Leben über den Tod siegen und das Licht über die Dunkelheit.« Er schloss mit dem Ausruf, das Europa mit der Ukraine viel stärker sein werde. Mit seiner Beschwörung der europäischen Einigkeit griff er die leitmotivische Formel der »immer engeren Union« auf, die bereits 1957 in Rom beschlossen wurde, 1983 und 1986 bekräftigt wurde und schließlich Eingang fand in die Präambeln der Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon.

Selenskyjs emotionale Rhetorik kontrastiert Putins aggressive Reden

Am 4. März sprach Selenskyj ebenfalls in einer Videoübertragung zu Demonstrierenden in Frankfurt, Bratislava, Vilnius, Prag, Paris und Tiflis. Die Ansprache dauerte nur zehn Minuten. Von diesen zehn Minuten widmete Selenskyj den gefallenen ukrainischen Soldaten eine ganze Schweigeminute und eine weitere für die zivilen Opfer. Anschließend wandte er sich an die »Völker Europas« und rief ihnen zu: »Schweigt nicht, geht auf die Straßen!« Möglicherweise spielte Selenskyj mit dieser Formulierung auf das Bild des deutschen Historienmalers Hermann Knackfuß an, das den Titel »Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter« trägt. Kaiser Wilhelm II. hatte dieses Gemälde im Jahr 1895 dem Zaren Nikolaj II. geschenkt, um ihn vor der »gelben Gefahr« aus dem Osten zu warnen. Selenskyj brandmarkte nun Russland selbst als »asiatisch« – die Barbarei des Ostens wurde durch die emotional aufgeladenen Schweigeminuten noch verstärkt. Selenskyj wiederholte seine manichäische Formel und kündigte einen Sieg über die russische Armee, des Lichts über das Dunkel, des Guten über das Böse und der Freiheit über die Unfreiheit an. Seine Rede beschloss er mit einer Umkehrung des Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union und erhob die Ukraine zum wahren Verteidiger der europäischen

Werte. Er sagte: »Wenn wir fallen, fällt Europa. Ich hoffe, dass Europa ebenso standhaft bleibt wie die Ukraine. Jeder von euch ist heute ein Ukrainer.«

Selenskyj greift geschickt historische Zäsuren auf, um Verbindungen zur Ukraine herzustellen

Am 8. März 2022 sprach Selenskyj vor dem britischen Unterhaus. Er griff das vielleicht bekannteste Zitat aus der englischen Literatur auf und sagte: «Die Frage ist für uns nun: Sein oder Nichtsein. Oh nein, diese Shakespeare-Frage. Diese Frage konnte während der ersten dreizehn Tagen des Kriegs gestellt werden, aber nun kann ich Ihnen die Antwort geben. Es ist definitiv ja, Sein.« Selenskyj fuhr fort mit einem weiteren berühmten Zitat, diesmal von Churchill, der vor dem Unterhaus am 4. Juni 1940 zu entschiedenem Widerstand gegen die deutschen Angreifer aufgerufen hatte. Selenskyj wiederholte fast wörtlich die Formulierungen des britischen Premierministers: «Wir werden bis zum Ende kämpfen, zu See, in der Luft. Wir werden für unser Land kämpfen, was immer der Preis sein wird. Wir werden in den Wäldern, in den Feldern, an den Ufern, in den Straßen kämpfen.« Damit rief Selenskyj den britischen Churchill-Mythos auf und lenkte diese historische Energie auf seine eigene Person.

Am 16. März wandte sich Selenskyj an den amerikanischen Kongress. Er verglich die Schläge gegen die Ukraine mit den Angriffen auf die USA in Pearl Harbor im Jahr 1941 und am 11. September 2001. Er sagte, die Ukrainer würden genau diese Erfahrung jeden Tag teilen. Er hob diese Parallele sogar explizit hervor: »In Ihrer großen Geschichte haben Sie Seiten, die ihnen erlauben, die ukrainische Geschichte zu verstehen. Verstehen Sie uns heute.« Seine politische Forderung nach einer Flugverbotszone über der Ukraine kleidete er in ein berühmtes Zitat von Martin Luther King: »Ich habe einen Traum, diese Worte kennen Sie alle. Heute kann ich sagen, dass ich eine Not habe. Ich muss den Himmel schützen.« Mit der emotionalen Verbindung von Tragödien und Pathos entsprach Selenskyj dem amerikanischen Erwartungshorizont.

Am 17. März sprach Selenskyj vor dem Deutschen Bundestag. Er erinnerte in seiner Rede an die Berliner Luftbrücke der westlichen Alliierten. »Wir können keine Luftbrücke bauen, denn von unserem Himmel fallen nur russische Bomben.« Selenskyj zog einen impliziten Vergleich zwischen dem Naziregime und Putin. Er behauptete, erneut wolle man in Europa ein ganzes Volk vernichten. Durch die russische Invasion sei eine neue Mauer mitten in Europa entstanden, die Freiheit von Unfreiheit trenne. An den Bundeskanzler Scholz richtete er die Aufforderung: »Zerstören Sie diese Mauer. Geben Sie Deutschland die Führungsrolle, die es verdient.« Damit spielte er auf den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan an, der diese Formulierung am 12. Juni 1987 an Gorbatschow richtete. Selenskyj übersetzte damit den gewünschten EU-Beitritt der Ukraine in die Sprache der deutschen Wiedervereinigung. Anschließend ging er noch einen Schritt weiter und erinnerte Deutschland an seine »historische Verantwortung« aus dem Zweiten Weltkrieg. Er rief zur deutschen Hilfe an die Ukraine auf, damit »nicht etwas passiert, wofür man wieder eine lange Aufarbeitung braucht«.

Am 20. März 2022 trat Selenskyj vor der Knesset auf und verglich die Not der Ukraine mit dem Schicksal der Juden in Nazideutschland. Er verwies darauf, dass der Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine, der 24. Februar, im Jahr 1920 der Gründungstag der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gewesen war. Er zog eine Verbindung zwischen den ukrainischen Flüchtlingen und den vertriebenen Juden im Zweiten Weltkrieg. Er prangerte die aggressive Sprache des Kremls an, der angeblich eine »Endlösung« für die »ukrainische Frage« fordere. Dieser provozierende Vergleich kam allerdings nicht bei allen Knesset-Abgeordneten gut an. Einzelne Parlamentarier warfen Selenskyj vor, den Holocaust zu relativieren und die Kollaboration von Ukrainern mit den Nazis zu verschweigen.

Fazit

Mit gemischtem Erfolg greift Selenskyj also historische Narrative seines Zielpublikums auf und will durch sprachliche Parallelen und direkte Zitate die Lage der Ukraine erklären. Durch dieses Vorgehen versucht er, die Empathie der internationalen Gemeinschaft zu wecken und die Ukraine auf die jeweilige nationale Agenda zu setzen. Allerdings ist Selenskyj mit seinem Appell an die NATO, den Himmel über der Ukraine zu schließen, nicht durchgedrungen. Dafür hat er sich aber aufgrund seines mutigen Verharrens in der Hauptstadt Kyjiw im In- und Ausland einen Heldenstatus erworben, den er auch programmatisch durch Auftritte in militärischen Hemden und T-Shirts unterstreicht.

Putin präsentiert sich in seinen Ansprachen hingegen als Staatsmann in Anzug und Krawatte, der in seiner Kommandozentrale vor zahlreichen Bildschirmen sitzt. Er signalisiert damit Autorität und Entschlossenheit. Dieses Image schließt auch die Demütigung hochrangiger Regierungsvertreter ein. So kanzelte Putin in einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrates am 21. Februar den Leiter des Auslandgeheimdienstes Sergej Naryschkin ab. Besonders pikant ist die Tatsache, dass die peinliche Szene in einer Aufzeichnung verbreitet wurde. Es handelte sich also um einen geplanten Kommunikationsakt. Ein weiteres Beispiel für die symbolische Selbsterhöhung bietet Putins Ankündigung

vom 27. Februar, die russischen Nuklearstreitkräfte in Kampfbereitschaft zu versetzen. Putin ließ diesen Eskalationsschritt von Fernsehkameras filmen – im selben Raum saßen mit versteinerten Mienen der Verteidigungsminister Sergej Schoigu und der Generalstabschef Waleri Gerassimow. Damit waren alle drei Instanzen der russischen Befehlskette anwesend, die einen russischen Atomschlag auslösen können. Putin signalisierte, dass die schweigenden Militärs auch nicht Widerstand leisten würden, wenn er tatsächlich nukleare Waffen einsetzen würde. In seiner Gefühlskälte wirkt er unnahbarer als Selenskyj, der sich auch auf Selfies mit seinem Verteidigungsminister Oleksij Resnikow ablichtet. Solche Kontraste verstärken die westliche Wahrnehmung eines Kampfes zwischen David und Goliath, bei dem ein finsterer Kriegsverbrecher auf einen mutigen Verteidiger trifft. Den rhetorischen Kampf hat Selenskyj für sich entschieden. Ob ihm auch ein Sieg auf dem militärischen Schlachtfeld gelingt, steht auf einem anderen Blatt.
Stand: 01.04.2022

Über den Autor:
Ulrich Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen. Seit 2011 koordiniert er ein internationales Forschungsprojekt zum Regionalismus in der Ukraine (www.uaregio.org).

Lesetipps/Bibliographie:

- Kriegserklärung. Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.2.2022. https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/.
- Ansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an das russische Volk. https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/rede-von-volodymyr-zelenskyj/.
- Riccardo Nicolosi: Erniedrigte und Beleidigte. Vladimir Putins Affektrhetorik. In: Geschichte und Gegenwart (23.3.2022) https://geschichtedergegenwart.ch/erniedrigte-und-beleidigte-vladimir-putins-affektrhetorik/.
- Vladimir Putin: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer. In: Osteuropa 7/2021, S. 55–61.
- Vladimir Putin: Rede an die Nation vom 21.2.2022. https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/.
- Ulrich Schmid: Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartsliteratur. Berlin 2015.
- Ulrich Schmid: Anatomie einer Diskreditierung. Russlands Staatsmedien und Memorial. In: Osteuropa 8-9/2021, S. 225–240.

ANALYSE

Was mobilisiert den ukrainischen Widerstand?

Von Pippa Norris (Harvard Universität) und Kseniya Kizilova (World Value Survey Association)

DOI: 10.31205/UA.266.02

Zusammenfassung
Russlands Invasion in die Ukraine sieht sich erbittertem Widerstand gegenüber, nicht nur des ukrainischen Militärs, sondern auch der normalen Bürger:innen. Auf der Grundlage von Umfrageergebnissen geht der Beitrag der Frage nach, wer in der ukrainischen Gesellschaft zu kämpfen bereit ist, und welche Motivationen es gibt, zur Waffe zu greifen.

Einer der bemerkenswertesten Aspekte der tragischen Ereignisse in der Ukraine ist das plötzliche Aufstehen Tausender, wenn nicht von Millionen einfacher Bürger:innen, die ihren normalen, geregelten Alltag und ihre Angehörigen hinter sich ließen, um zur Waffe zu greifen und ihr Vaterland mit Kalaschnikows, mit selbstgemachten Molotow-Cocktails zu verteidigen. Sie gehen sogar vor russischen Panzern auf die Knie, um diese aufzuhalten. Einige mögen bewährte Militärveteranen mit Kampferfahrung sein, unter anderem im Donbas. Von anderen wird berichtet, dass sie in ihrem Leben noch nie eine Waffe in der Hand hatten. Der ukrainische Verteidigungsminister forderte jeden, der eine Waffe tragen kann, dazu auf, sich bei den Einheiten der Territorialverteidigung zu melden.

Nach Putins schicksalsträchtiger Entscheidung für eine Invasion in die Ukraine steht dieses Aufstehen der Zivilbevölkerung hinsichtlich der Geschwindigkeit der Mobilisierung beispiellos dar. Berichte deuten darauf hin, dass nach nur wenigen Tagen der bewaffnete Widerstand des ukrainischen Militärs und ziviler Freiwilliger die Moral der Nation gestärkt haben, die zu erwartende Geschwindigkeit der russischen Invasion verlangsamt wurde und sie für erheblichen Schaden gesorgt haben. Gewehre sind Raketen jedoch nicht gewachsen. Genauso wenig sind Bürgersoldaten eine Hilfe gegen Streubomben. Massive Kolonnen russischer Panzer rücken weiterhin auf die großen Städte des Landes vor und versuchen, die Hauptstadt Kyjiw zu umzingeln (Anm. d. Red: Der Text entstand *vor* dem Rückzug der russischen Armee aus dem Norden der Ukraine). Aber wer unter den einfachen Bürger:innen ist bereit, für die Ukraine in den Krieg zu ziehen? Warum würden Ukrainer:innen oder würde sich überhaupt irgendjemand freiwillig »Schmerz, Dreck, Blut und Tod« aussetzen, um es mit den Worten des ukrainischen Präsidenten Selenskyj auszudrücken?

Was treibt den Widerstand der »Bürgersoldaten« an?

Für die Mobilisierung des ukrainischen Widerstands werden im Großen und Ganzen verschiedene Erklärungen angeführt, unter anderem die Rolle der demokratischen Freiheit, des ukrainischen Nationalismus und/oder der ethnischen und sprachlichen regionalen Trennlinien.

In vielen populären Berichten wird behauptet, dass Millionen Ukrainer:innen sich als Freiwillige melden, um die liberalen Ideale von Demokratie und Freiheit zu verteidigen, jene Prinzipien und Werte, die der Europäischen Union im Kern zu Grunde liegen. In dieser Hinsicht befinden sich die Ukrainer:innen an der Frontlinie des Westens, indem sie sich für die Demokratie einsetzen und den kriegerischen Bedrohungen durch Russlands Autoritarismus entgegenstellen. In Putins Fernsehansprache vom 24. Februar 2022 wurde nicht nur die Wiedererlangung der Kontrolle über einen benachbarten, unabhängigen Nationalstaat angekündigt, der früher Teil der Sowjetunion war. Es sollte auch die NATO gespalten werden, um Russlands Rolle als internationale Großmacht wiederherzustellen und die regelbasierte liberale Weltordnung zu beenden, die die Prinzipien nationaler Selbstbestimmung hochachtet.

Gleichzeitig könnte eine Beschreibung des ukrainischen Widerstands, die ihn als fest den liberalen demokratischen Idealen verpflichtet sieht, eher rhetorisch begründet sein als durch die Realität. Präsident Selenskyj kann Aufrufe dieser Art einsetzen, um westliche Ausrüstung und Unterstützung zu erhalten, wie etwa in seinem Auftritt bei der Münchener Sicherheitskonferenz: »Putin hat einen Krieg gegen die Ukraine und gegen die gesamte demokratische Welt begonnen«. In Wirklichkeit blickt die ukrainische Demokratie auf eine eher wechselvolle und unbeständige Geschichte zurück. Über Jahrzehnte hinweg schwankte die Einordnung des politischen Regimes in der Ukraine laut dem »Varieties of Democracy«-Index immer wieder zwischen elektoraler Demokratie und elektoraler Autokratie. Bis heute gibt es Probleme wie die stark verbreitete Korruption, Angriffe auf die Medienfreiheit und politische Instabilität. Aufgrund dieser Erfahrungen könnten die Ukrainer:innen in Bezug auf hochtrabende Bekundungen über liberale demokratische Ideale und Prinzipien sehr wohl auch zunehmend desillusioniert sein.

Demgegenüber könnte die Erklärung, warum die Ukrainer:innen zu kämpfen bereit sind, sehr viel einfacher und banaler ausfallen, wenn man die wirkmächtigen Kräfte der nationalen und ethnischen Identität näher in Betracht zieht. Bei einer solchen Interpretation würden die Freiwilligen eher durch ukrainischen Nationalismus, Stolz und Patriotismus motiviert, sowie durch die emotionale Zugkraft der Landesfarben gelb und blau und die tiefsitzende Wut auf die Russen, die in ihre ukrainische Heimat einmarschieren.

Damit zusammenhängend könnte die Bereitschaft zu kämpfen auf die langwährende ethnische und sprachliche Kluft zwischen »russophonen« und »ukrainischen« Regionen und Bevölkerungsteilen zurückgeführt werden. Diese Kluft wird oft dadurch zu sehr vereinfacht, dass man auf Huntingtons *Kampf der Kulturen* zurückgreift, der die Grenze zwischen den Provinzen, Gebieten und Kommunen im Osten und Westen am Fluss Dnipro zieht. Die westlichen Provinzen werden als eher proukrainisch, Europa zugewandt, agrarisch und katholisch betrachtet, während die östlichen Provinzen als eher russischsprachig, von der Industrie geprägt, russisch-orthodox und prorussisch eingeschätzt werden. Neuere Untersuchungen zeigen jedoch, dass das regionale Bild in der Realität komplexer ist, dass es über die Kluften hinweg Vielfalt und Überschneidungen gibt und die sozial konstruierten ethnischen Trennlinien durch die russische Aggression verschärft wurden.

Umfragedaten

Ein Datenpool des European Values Study/ World Values Survey (EVS/WVS) bietet systematischere Hinweise für die Gründe, auf denen die ukrainische Bereitschaft zum Widerstand beruht, und welche Bedeutung Nationalismus, ethnische Trennlinien und die Verteidigung demokratischer Freiheiten dabei haben. Die jüngste, siebte Welle der Studie umfasst die Befragung einer repräsentativen Stichprobe von 2.901 Ukrainer:innen im Herbst 2020; also geraume Zeit vor Beginn des Krieges, aber bereits unter dem Eindruck des seit langem schwelenden Konflikts infolge der Annexion der Krim.

Die Befragung wurde in der gesamten Ukraine durchgeführt (mit Ausnahme der annektierten Halbinsel Krim und der besetzten Teile der Gebiete Donezk und Luhansk). Insgesamt sind seit Mitte der 1990er Jahre in einem etwa fünfjährigen Intervall 10.926 Ukrainer:innen im Rahmen des EVS/WVS befragt worden, um den kulturellen Wandel festzuhalten. Die Ergebnisse können mit der analogen Befragung von 16.172 Russ:innen verglichen werden, die seit 1989 vorgenommen wurden. Seit der ersten Welle Anfang der 1980er Jahre ist eine der Standardfragen die nach der Bereitschaft gewesen, für sein Land zu kämpfen:

»Wir alle hoffen natürlich, dass es keinen Krieg mehr geben wird, aber wenn es dazu käme, wären Sie bereit, für Ihr Land zu kämpfen?«

Hier gibt es die einfache binäre Möglichkeit mit »Ja« oder »Nein« zu antworten (das »Weiß nicht« wird hier nicht berücksichtigt, so dass nur valide Antworten in die Analyse einfließen). Diese Standardfrage ist bereits in mehreren wissenschaftlichen Studien untersucht worden, z. B. 2000, 2015 und 2018. Die Bereitschaft der Bürger:innen, für ihr Land zu kämpfen, gilt weithin als wichtig für die Verteidigungsfähigkeit eines Landes, damit sie sich im Kriegsfall freiwillig zur Armee melden und die Zivilbevölkerung mobilisiert werden kann.

Das bei mehreren EVS/WVS-Studien ermittelte Bild der öffentlichen Meinung erlaubt Einblicke in die Gründe, aus denen einfache Bürger:innen zu kämpfen bereit sind. Hier ist allerdings bei den Daten eine wichtige Einschränkung zu machen: Die Umfrage vom Herbst 2020 liefert nur eine Momentaufnahme *geraume Zeit vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges*. In einer Umfrage des »International Republican Institute« (IRI) vom November 2021 nannten auf die Frage nach den drei größten Problemen des Landes z. B. nur 8 Prozent der Ukrainer:innen die Beziehungen zu Russland. Der tiefe Schock durch die derzeitige russische Invasion könnte dazu führen, dass sich hier die Einstellungen und das Verhalten ganz erheblich ändern, und dass viele Ukrainer:innen, die vielleicht noch nie daran gedacht hatten zur Waffe zu greifen, jetzt umgehend zur Tat schreiten. Frischere Umfragen unter jungen Ukrainer:innen, die vom »Kyjiwer Internationalen Institut für Soziologie« (KIIS) unternommen wurden, legen nahe, dass das Widerstandspotenzial gegen eine drohende militärische Intervention Russlands in den vergangenen Monaten zugenommen hat.

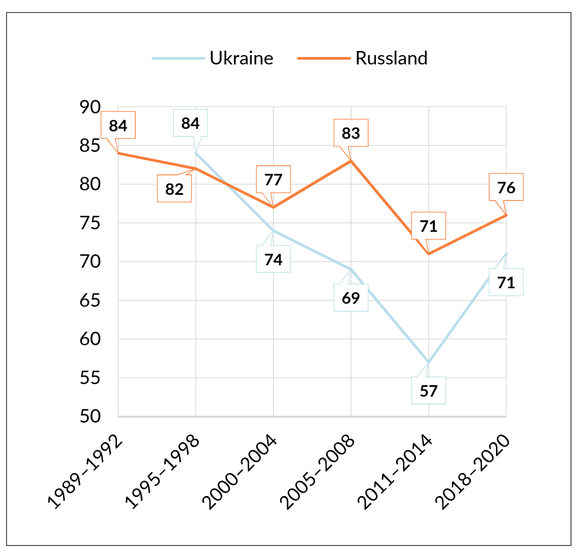
In einer Umfrage der »Rating«-Gruppe vom 1. März 2022 sagten 80 Prozent der Befragten, sie seien bereit, die territoriale Integrität des Landes mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Im Vergleich zu Vorkriegsumfragen hat dieser Wert beträchtlich zugenommen (2020 hatte er bei 59 Prozent gelegen). Die größte Bereitschaft ist im Westen und im Zentrum des Landes festzustellen, während sie im Süden und Osten etwas geringer ausfällt. Doch selbst in den südlichen und östlichen Gegenden ist die Bereitschaft zu kämpfen extrem groß (80 Prozent im Süden und fast 60 Prozent im Osten).

Die bisherigen EVS/WVS-Studien liefern somit verlässliche Daten, durch die wir das allgemeine Bild, die Werte und Haltungen jener besser verstehen können, die kurz vor Beginn der Invasion am meisten bereit waren zu kämpfen. Die tatsächliche Stärke des Widerstandes kann erst durch spätere Umfragen gemessen werden, nach dem Ende des Krieges.

Trends und Muster

Die Trends, die in Grafik 1 abzulesen sind, zeigen, dass die Bereitschaft zu kämpfen in Russland gewöhnlich größer war als in der Ukraine. Insgesamt sagten bei der EVS/WVS-Studie von 2020 rund drei Viertel der Russ:innen, dass sie zu kämpfen bereit seien, während dies nur rund 70 Prozent der Ukrainer:innen sagten. Der Anteil der Ukrainer:innen, die bereit sind, ihr Land zu verteidigen, ist bei späteren Studien deutlich angestiegen, und zwar schon vor der russischen Invasion und der Zerstörung ihrer Heimat.

Grafik 1: Trends in der Kampfbereitschaft in Russland und der Ukraine



Anmerkung: Antworten auf Frage Q151: »Wir alle hoffen natürlich, dass es keinen Krieg mehr geben wird, aber wenn es dazu käme, wären Sie bereit, für Ihr Land zu kämpfen?« % der Ja-Antworten. Quelle: EVS/WVS.

Nationale Identitäten

Was erklärt die Bereitschaft gewöhnlicher Menschen zu kämpfen? »Nationale Identitäten« (»Unser Land!«) sind eine mögliche Antwort. Dieses Konzept bezieht sich auf das, was Benedict Anderson als »imaginierte Gemeinschaften« bezeichnet hat, oder als sozial konstruiertes Gefühl der Zugehörigkeit, in dem sich oft eine gemeinsame historische Tradition, eine gemein-

same Sprache, Religion, kulturelle Werte und territoriale Grenzen widerspiegeln. Das Gefühl nationaler Identität kann auch bei einer Diaspora ohne Staat bestehen, wie etwa beispielhaft bei den Kurden im Mittleren Osten. Innerhalb der Grenzen von Staaten wie Kanada oder den Vereinigten Staaten kann es viele nationale Identitäten geben.

Das Konzept der nationalen Identität kann bei der EVS/WVS-Studie 2020 in der Ukraine anhand von drei Fragen ermittelt werden. Die erste fragt nach nationalem Stolz, die zweite nach dem Gefühl der Verbundenheit zum eigenen Land, und die dritte fragt danach, ob der/die Befragte zu Hause Russisch spricht. Eine Bereitschaft zu kämpfen sollte bei stärkerem ukrainischen Nationalismus zu erwarten sein, und wäre bei russischsprachigen Identitäten schwächer ausgeprägt, individuell wie regional.

Unterstützung für Demokratie

Eine andere mögliche Erklärung bezieht sich auf den Wunsch, demokratische Prinzipien zu verteidigen und fundamentale liberale Rechte und Freiheiten zu schützen. Einsatz für Demokratie kann anhand von drei Größen im Pool der EVS/WVS-Studie von 2020 ermittelt werden: Zustimmung zu Demokratie als einer für das Land guten Regierungsform; Abneigung gegen einen möglichen starken Führer an der Macht, der nicht auf ein Parlament oder Wahlen Rücksicht nehmen muss; und Vertrauen in die wichtigsten Institutionen des politischen Regimes, etwa in die Regierung, in Parteien, die Zivilverwaltung und das Parlament. Überzeugte Demokraten dürften eher bereit sein zu kämpfen als jene, die mit autoritären Werten und Prinzipien sympathisieren.

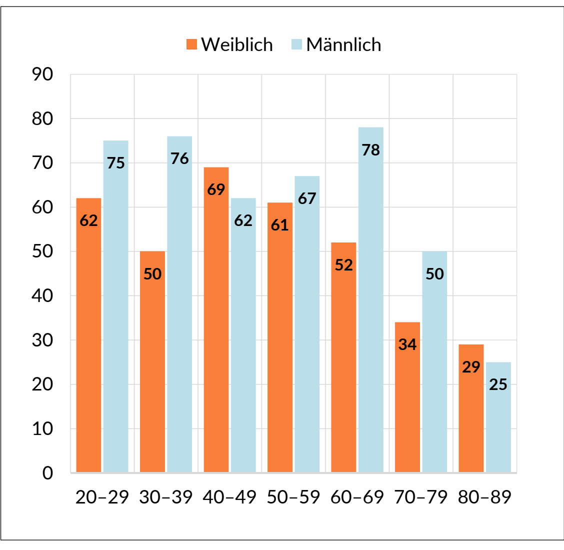
Kontrolle

Grundsätzlich muss bei jeder Analyse ein Gegenkontrolle vorgenommen werden, zumindest hinsichtlich des Geschlechts und Alters der Befragten, da dies einige der am leichtesten bestimmbaren demographischen Merkmale im Zusammenhang mit der Bereitschaft zu kämpfen darstellen. In vielen Gesellschaften, darunter auch in den Vereinigten Staaten, ist ein bekanntes Gender-Gefälle in Bezug auf den Einsatz militärischer Gewalt und die Anwendung von Krieg zu beobachten. Und während junge Menschen sich gewöhnlich für einen Einsatz verpflichten, sind ältere Kohorten normalerweise stärker körperlich eingeschränkt, sich an anstrengenden und herausfordernden militärischen Aktionen zu beteiligen, weshalb sie von der Wehrpflicht befreit sind.

Die Ergebnisse in Tabelle 1 auf S. 10 bestätigen, dass sämtliche gewählte Indikatoren signifikant mit der Bereitschaft zu kämpfen korrelieren. Gefühle des Stolzes auf die Ukraine und eine geäußerte Verbundenheit mit dem Land waren in der Tat positive Einflussfaktoren für die Bereitschaft zum Militärdienst, während russischsprachige Bevölkerungsgruppen hier zurückhaltender erscheinen. Auf ähnliche Weise gibt es einen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Demokratie und dem Vertrauen in die wichtigsten Institutionen des ukrainischen Staates und einer potenziellen Mobilisierung, während die Zustimmung zur Herrschaft eines starken Machthabers auf eine stärkere Zurückhaltung hindeutet. Die Kräfte des Nationalismus sind stark, doch scheinen auch Appelle an demokratische Freiheiten zu einer Mobilisierung von Bürgersoldaten beizutragen.

Schließlich gab es wie zu erwarten eine erhebliche Gender-Disbalance, und insbesondere die Zwischenkriegsgeneration war weniger bereit zu kämpfen. Grafik 2 stellt diese Muster dar. Die Gender-Disbalance war in allen Altersgruppen zu beobachten, insbesondere in der Gruppe der 30- bis 40-Jährigen, wenn vor allem Frauen die Verantwortung für die Kinderbetreuung und die häusliche Pflege älterer Angehöriger zu tragen haben. Der größte Rückgang erfolgte bei der Altersgruppe der 70- bis 90-Jährigen, die körperlich am wenigsten zu Militärdiensten in der Lage sind. Untersucht wurden auch viele andere Einstellungen und Faktoren wie Bildung, Einkommensverhältnisse und Religionszugehörigkeit, von denen aber keiner die Erklärung für Kampfbereitschaft signifikant verstärkte.

Grafik 2: Bereitschaft zu kämpfen nach Alter und Geschlecht



Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die zu kämpfen bereit sind, in Prozent Altersgruppe // Fälle sind gewichtet

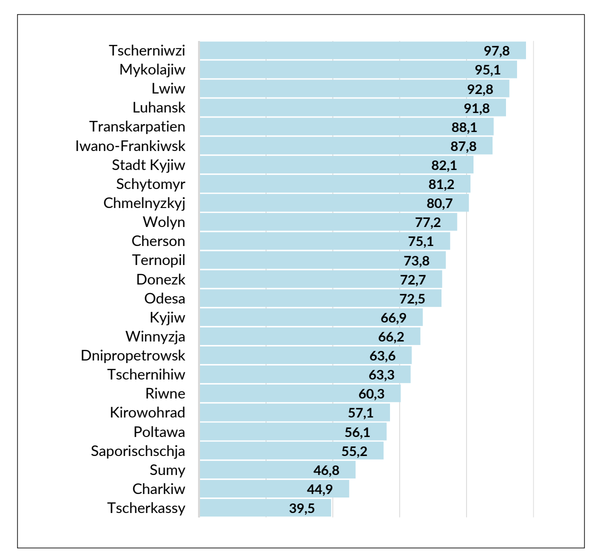
Quelle: World Values Survey/ European Values Study, nur die ukrainische Studie von 2020; 2.901 Befragte.

Wie sieht es schließlich mit den ethnischen und sprachlichen Trennlinien aus, und wie variieren diese in den verschiedenen Regionen der Ukraine? Die Umfragedaten zeigen, dass die Unterschiede komplex sind, aber

grundsätzlich die klassische Unterteilung in »Ost« und »West« widerspiegeln. In den westlichen Regionen sind mehr proukrainische und patriotische Haltungen zu beobachten. So ist von 2011 bis 2020 die Bereitschaft zu kämpfen in den westlichen Regionen um 26 Prozentpunkte gestiegen, im Osten und in der Mitte waren es 16 Prozentpunkte und nur 5 im Süden (zum Teil aufgrund technischer Unterschiede, weil die Studie von 2020 die Krim nicht mehr umfasste).

Gleichzeitig sollten die geographischen Unterschiede zwischen den Regionen nicht allein den ethnischen und sprachlichen Trennlinien zugeschrieben werden. Von den russischsprachigen Ukrainer:innen waren 51 Prozent bereit zu kämpfen, gegenüber 61 Prozent bei der ukrainischsprachigen Bevölkerung. Abseits von ethnisch oder sprachlich begründeten Identitäten hat es im Süden und Osten eine Zunahme von Nationalismus und der Bereitschaft gegeben, für sein Land zu kämpfen, also in den Regionen, die an die annektierte Halbinsel Krim und die besetzten Gegenden des Donbas grenzen. Angesichts der nur wenige Kilometer entfernt stationierten russischen Armee, wird in den von der Ukraine kontrollierten Gegenden der Gebiete Donezk und Luhansk, in Cherson, Odesa und Mykolajiw in der Nähe der Krim eher eine existenzielle Bedrohung verspürt als in anderen Regionen (siehe auch Karte 1 auf S. 10).

Grafik 3: Bereitschaft zu kämpfen, nach Gebiet (in %)



Ohne Krim/Sewastopol und »DNR«/»LNR«.
Quelle: EVS/WVS-Daten zur Ukraine (Herbst 2020); N=2.418

Fazit

Die Bereitschaft, sich an der Verteidigung des Landes zu beteiligen, war vor Ausbruch des Krieges, wie von vielen erwartet, von starken national-patriotischen Gefühlen für die Ukraine bestimmt. Sie ist aber auch auf die Unterstützung einfacher Bürger:innen für demokratische Werte zurückzuführen. Hier handelt es sich nicht um bloße Rhetorik. Nationalistische Gefühle (»unser Land«), *wie auch der echte Wunsch, demokratische Freiheiten zu schützen* (»unsere Rechte«), fördern den Widerstand. Mit den Worten von Präsident Selenskyj an das Europäische Parlament: »Unser Volk ist sehr motiviert, und ebenso sehr kämpfen wir für unsere Rechte, für unsere Freiheit, für unser Leben.«

Die ukrainische Armee, aber auch die Zivilbevölkerung in der Ukraine haben ein sehr beeindruckendes Beispiel von Geschlossenheit und Solidarität geboten, weil sie einander Hilfe boten bei Transport, Lebensmittelversorgung, Schutz und vielem mehr. Und weil Millionen aktiv in einem mutigen Widerstand gegen die massive Militärmacht Russlands kämpfen. Das Kriegsgeschehen und die öffentliche Meinung entwickeln sich weiter. Voraussagen für die Zukunft sind schwer zu machen. Die Gefühle sind aufgewühlt und schwanken zwischen Hoffnung und Angst.

Einige meinen, dass die »Revolution der Würde« 2014 die Geburtsstunde der Zivilgesellschaft in der Ukraine war. Vielleicht ist das beste Ergebnis, dass dieser blutige und schockierende Krieg hervorbringen kann, eine stärkere ukrainische Nation und eine weltweite Ablehnung der autoritären Kräfte. Aber die endgültigen Konsequenzen – für die Ukraine, die europäische Sicherheit und die auf Regeln basierende liberale Weltordnung – verlieren sich derzeit im Nebel des Krieges.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Der Text erschien am 03.04.2022 auf Englisch auf https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2022/03/03/what-mobilises-the-ukrainian-resistance/.

Über die Autorinnen

Pippa Norris ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Harvard mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaften.

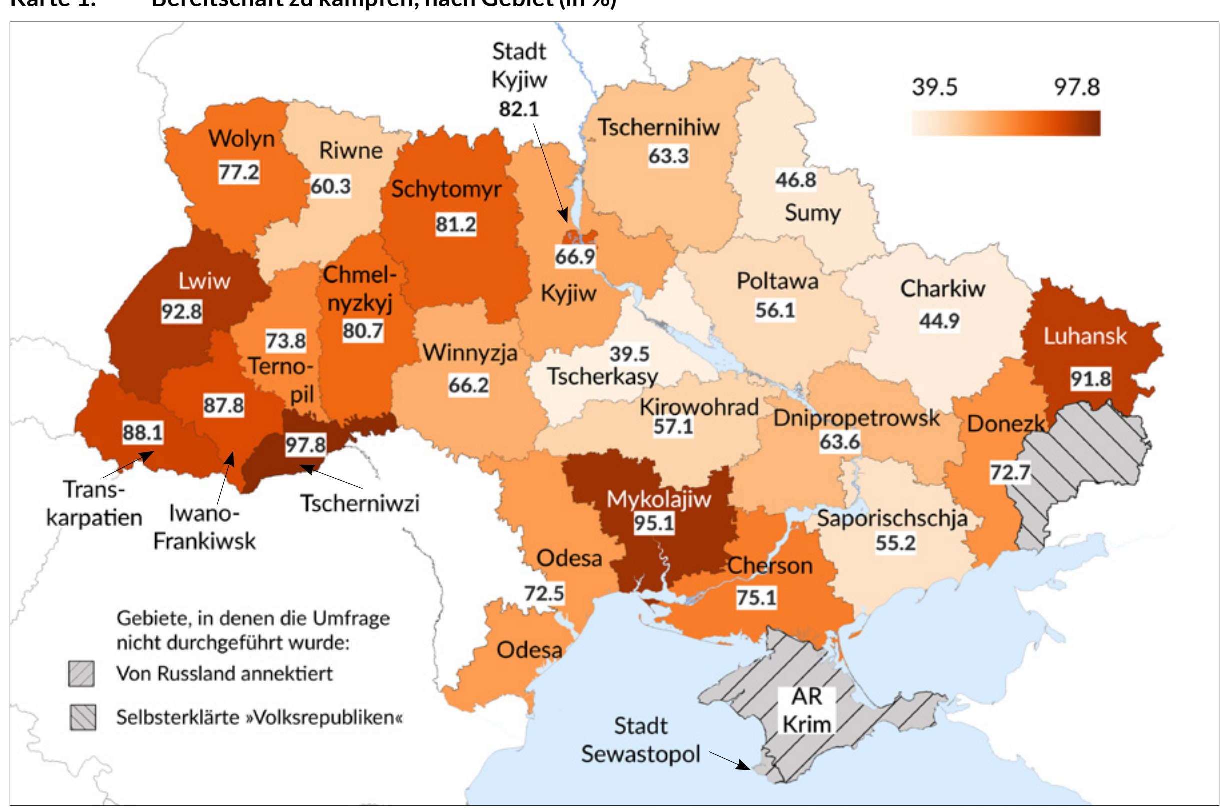
Kseniya Kizlova ist Soziologin und Leiterin des Sekretariats der World Values Survey Association sowie Associated Research Fellow an der Nationalen W.-N.-Karasin-Universität Charkiw in der Ukraine.

Tabelle 1: Wer ist bereit, für die Ukraine zu kämpfen?

	Beta	Std. Beta	Sig	
Nationale Identität				
Nationalstolz	0,04	0,06	**	Stolz auf mein Land (aufsteigend; Skala von 4 Punkten)
Verbundenheit mit der Ukraine	0,07	0,11	***	Verbundenheit zum Land (aufsteigend; Skala von 4 Punkten)
Russischsprachig zu Hause	-0,15	-0,12	***	Zu Hause wird Russisch gesprochen 0/1
Unterstützung für Demokratie				
Zustimmung zu Demokratie	0,05	0,09	***	Zustimmung zur Demokratie als bester Regierungsform; Skala von 4 Punkten
Zustimmung zu einem starken Führer	-0,03	-0,06	**	Zustimmung zu starkem Führer, der nicht auf ein Parlament oder Wahlen Rücksichtnehmen muss; Skala von 4 Punkten
Vertrauen in die Regierung	0,00	0,08	***	Vertrauen in die Regierung, Legislative, Parteien, Zivilverwaltung; Skala von 100 Punkten
Kontrollen				
Geschlecht	0,15	0,15	***	M (1) / w (0)
Zwischenkriegsgeneration	-0,36	-0,19	***	Vor 1945 geboren
Angepasstes R^2	0,119			

*Anmerkung: Die abhängige Variable ist die Bereitschaft, für die Ukraine zu kämpfen (Nein 0 / Ja 1). Sig P **=.010 *** = .001 Quelle: World Values Survey / European Values Study, nur die ukrainische Studie (2020) 1,721 Befragte.*

Karte 1: Bereitschaft zu kämpfen, nach Gebiet (in %)



** 2014 völkerrechtswidrig von Russland annektiert.*
Quelle: EVS/WVS-Daten zur Ukraine (Herbst 2020); N=2.418
Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von https://www.openstreetmap.org.

ANALYSE

Deutschland, die Ukraine, Russland und das Erbe des deutschen Kolonialismus in Osteuropa

Von Franziska Davies (Ludwig-Maximilians-Universität München)

DOI: 10.31205/UA.266.03

Zusammenfassung
Deutschland wird von vielen Ukrainer:innen aktuell kritisch gesehen, weil es das von Russland angegriffene Land aus ihrer Sicht nicht konsequent genug unterstützt. Dabei sollte Deutschland eine besondere historische Verantwortung gegenüber der Ukraine haben, die sich aus den Gräueln des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der Ukraine ergibt, an die sich viele Ukrainer:innen aktuell erinnert fühlen, angesichts der brutalen russischen Kriegshandlungen, die zum Teil an den selben historischen Orten stattfinden. Doch nicht zuletzt wegen des unzureichend aufgearbeiteten kolonialistischen Blicks auf Osteuropa tut sich die deutsche Gesellschaft damit schwer.

Ausgangsfrage: Warum werden Putins Ziele bei uns immer noch verkannt?

Seit dem russischen Totalangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ließ sich in Deutschland eine politische und gesellschaftliche Umkehr beobachten: die Bundesregierung beschloss umfassende Sanktionen gegen Russland und stimmte für die Lieferung von Defensivwaffen an die Ukraine und wurde dabei mehrheitlich von der Öffentlichkeit unterstützt. Darin liegt zugleich eine Erkenntnis, die Deutschland ein Armutszeugnis ausstellt: es hat die Ermordung ukrainischer Zivilistinnen und Zivilisten, Bomben auf eine europäische Hauptstadt und den heldenhaften Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer gebraucht, damit wir die Ukraine als »echte« Nation anerkennen, die unsere Unterstützung verdient.

Schließlich ist es gerade einmal acht Jahre her, dass ein ehemaliger Bundeskanzler darüber sinnierte, ob die Ukraine nicht vielleicht doch eine »künstliche« Nation sei und Putins Angriff auf das Land letztlich berechtigt. Viele stimmten in diesen Chor ein, hierzulande genossen die so genannten »Russland-Versteher« (präziser wäre »Putin-Verteidiger«) eine hohe mediale Präsenz. Aber auch jetzt noch scheint es vielen sehr schwer zu fallen, sich von alten Deutungsmustern zu verabschieden. Davon zeugen die schnell vorgebrachten Rufe nach »Deeskalation«, »Verhandlungen« oder gar die Aufforderung an die Ukraine sich doch Russland zu ergeben. Wer solche »Lösungen« vorschlägt, verkennt, dass es mit Putin weder Deeskalation noch ernsthafte Verhandlungen geben wird, solange er nicht militärisch dazu gezwungen wird. Sie unterstellen dem Aggressor im Kreml eine Fähigkeit zum pragmatischen Interessensausgleich, der an der Realität vorbeigeht.

Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass das – eigentlich offensichtliche – Ziel Putins immer noch verkannt wird: er will die Ukraine als Staat zerstören, die ukrainische Nation mindestens in die Unterwerfung zwingen, möglicherweise ebenfalls vernichten. Seine Verachtung für die Ukraine hat der russische Diktator in der Vergangenheit mehrfach zum Ausdruck gemacht, zuletzt im Sommer 2021 als er in einem pseudo-historischen Essay über die »Historische Einheit von Russen und Ukrainern« sinnierte und die Staatlichkeit letzterer zum historischen Fehler erklärte. Wie sonst ist die in den besetzten Gebieten bereits einsetzende Russifizierung des Bildungssystems, die gezielte Verfolgung und Verschleppung von Aktivistinnen, Politiker und Künstlerinnen zu erklären? Wie sonst die Beschießung westukrainischer Städte, zu einem Zeitpunkt, in dem Wolodymyr Zelenskyj bereits seine Bereitschaft signalisiert hat, auf eine NATO-Mitgliedschaft seines Landes zu verzichten? Die Ukraine soll also über die eigene Zerstörung in »Verhandlung« treten, in dieser Situation soll sie »deeskalieren« oder sich einem faschistoiden Terrorregime ergeben, um den Krieg für die restliche Welt »einzufrieren«? Mit solchen Vorschlägen einher geht die Affirmation eines Motivs, das sich in den deutschen Diskursen über die Ukraine in aller Deutlichkeit mindestens seit dem Majdan von 2013/14 beobachten lässt: der Unwille, die Ukrainerinnen und Ukrainer als eigenständigen Akteur zu respektieren – selbst jetzt, wo die Menschen dieses Landes gegen eine revisionistische Macht im Osten kämpfen, während Putins Propagandisten in den russischen Staatsmedien sich freimütig eine Ausweitung des Kriegs nach Polen und in das Baltikum wünschen.

Deutschlands Unterstützung der Ukraine ist nicht konsequent

Zeitgleich wird in Deutschland räsoniert über »unsere« Fehler, »wir« hätten der Ukraine Angebote gemacht und sie so in einen Konflikt mit Russland getrieben. Tatsächlich geht Putins Problem mit der Ukraine nicht auf west-

liche Verführungskünste zurück. Sein Problem ist die politische Subjektwerdung der ukrainischen Bevölkerung, die in ihrem eigenen demokratischen, unabhängigen und freien Land leben wollte und will. Die allerwenigsten Menschen gingen im Winter 2013/14 auf den Majdan, weil sie von der NATO träumten. Sie gingen, weil sie genug hatten von der Gewalt und der Unterdrückung Wiktor Janukowytschs und dafür wurde »Europa« zu einem Symbol. Schon damals hatte der Historiker Yaroslav Hrytsak darauf hingewiesen, dass Werte wie Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte, die die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Land realisiert sehen wollten, dem »Westen« oder der Europäischen Union nicht mehr gehören als den Menschen in der Ukraine. Derzeit sind Deutschland und der »Westen« überhaupt nicht in der Lage, Putin irgendwelche Angebote zu unterbreiten oder mit ihm in einen »Dialog« zu treten. Es gibt genau zwei Optionen: entweder den Kampf der Ukraine konsequent zu unterstützen oder ihr diese Unterstützung zu verweigern. Angesichts der Tatsache, dass höchstwahrscheinlich allein ein Sieg der Ukraine oder der damit einhergehende Kollaps des diktatorischen Regimes in Moskau Putins imperialen Angriffskrieg zurückdrängen kann, sollte die Entscheidung hier eigentlich nicht schwerfallen. Aber nach der Rede über die »Zeitenwende« hat sich die Bundesregierung für einen fragwürdigen Mittelweg entschieden, der nicht nur in der Ukraine, sondern in ganz Ostmitteleuropa für heftige Irritationen sorgt. Ein Gas- und Ölembargo, das viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befürworten, wird verweigert und zugleich bleibt die deutsche Regierung bei Waffenlieferungen weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Eine konsequente Unterstützung sähe anders aus.

An der – zugegebenermaßen weniger wichtigen – symbolischen Front sieht es nicht besser aus. Der Deutsche Bundestag war nicht in der Lage, die Rede des ukrainischen Präsidenten im Parlament angemessen zu würdigen. Ausgerechnet Politiker aus der sozialdemokratischen Partei, die sich in den letzten Jahrzehnten besonders durch ihren Putin-freundlichen Kurs ausgezeichnet hat, verteilen an den ukrainischen Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk ausgerechnet jetzt öffentlich Haltungsnoten, während dessen Landsleute ermordet werden, fliehen müssen und um ihr Leben kämpfen. Jüngst war sich Cerstin Gammelin, die Sprecherin des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, nicht zu schade, eben jenem Botschafter in belehrenden Ton zu erklären, warum seine Absage zu einem von Steinmeier organisierten Wohlfühlkonzert in der Berliner Philharmonie unangemessen sei. Etwas mehr Demut wäre hier angebracht gewesen, schließlich gehörte Steinmeier auch zu denjenigen, die in der Vergangenheit eine bemerkenswerte Nachsicht gegenüber Putins Russland an den Tag gelegt haben, die mit einer Geringschätzung ukrainischer Interessen einherging. Als Außenminister warf er der NATO »Säbelrasseln« vor und das zwei Jahre nach dem ersten Angriff Putins auf das Nachbarland. Noch 2021 rechtfertigte er North Stream 2 ausgerechnet mit den sowjetischen Opfern im Zweiten Weltkrieg, was für Ukrainerinnen und Ukrainer, die selbst Millionen Opfer im deutschen Vernichtungskrieg zu beklagen hatten, wie Hohn klingen musste. Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt, an dem der Präsident sich deutlich auch zu eigenen Fehleinschätzungen stehen sollte. Insgesamt ist auffällig, dass kaum einer der prominenten »Russland-Versteher« sich bisher zu einer eindeutigen Revision der eigenen Thesen hat durchringen konnte. Der Einzige, der diese Größe besessen hat, ist der in der Politik nicht mehr aktive Matthias Platzeck. Nun könnte man einwenden, dass dies jetzt alles nicht mehr wichtig sei, der Blick in die Zukunft ist schließlich das entscheidende. Tatsächlich aber krankt die deutsche Debatte an dem Festhalten an einer Tradition, die nur durch eine konsequente Reflexion der eigenen Position überwunden werden kann: einem zutiefst imperialen Blick auf Ostmitteleuropa.

Der koloniale Blick auf Osteuropa

Der Kulturwissenschaftler Ulrich Schmid hat diese Fixierung auf ein Auskommen mit Russland auf Kosten Ostmitteleuropas jüngst mit Rückgriff auf das 19. Jahrhundert erklärt: nach den Teilungen Polens durch die Habsburger Monarchie, Preußen und das Russische Reich am Ende des 18. Jahrhunderts waren Deutschland und Russland über hundert Jahre tatsächlich Nachbarn gewesen. Noch hinzufügen zu dieser treffenden Beobachtung müsste man, dass die beiden Mächte damit auch auf fatale Weise durch eine anti-polnische Politik miteinander verbunden waren. Bis in die Gegenwart lässt sich die Übertragung deutscher anti-polnischer Stereotypen des 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit auf die Ukraine beobachten, schließlich bescheinigten viele deutsche Kommentatoren der Ukraine 2014, im Grunde nicht staatsfähig zu sein, von einem »failed state« war die Rede – jener Staat übrigens, der sich dieser Tage mit einer atemberaubenden Geschlossenheit dem Aggressor entgegenstellt und dessen Armee in einer Weise dem russischen Angriff standhält, die die meisten Militärexpertinnen und -experten nicht für möglich gehalten hätten.

Weniger überzeugend ist aber Schmids These, dass die erinnerungskulturelle Dominanz an den Zweiten Weltkrieg die Auseinandersetzung mit den imperialen Traditionen des 19. Jahrhunderts verhindert habe. Dagegen spricht, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gerade im Hinblick auf den Vernichtungskrieg im östlichen Europa bei näherem Hinsehen lückenhaft ist.

Bis heute ist die Chiffre »Auschwitz« das Symbol für die Vernichtung des europäischen Judentums, der »holocaust by bullets«, der sich in ganz erheblichem Maße auf heute ukrainischem und belarussischem Territorium vollzog, hat dagegen bis heute keinen festen Platz in der deutschen Erinnerung. Gleiches gilt für den mörderischen kolonialen Ausbeutungskrieg gegenüber der nicht jüdischen lokalen Bevölkerung, jene Millionen Menschen aus Polen und der Sowjetunion ermordet, ausgehungert oder nach Deutschland verschleppt, wo sie unter unwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten. Der Alltag der Gewalt des deutschen Besatzungsregime im Osten ist genauso wenig präsent wie die von Wehrmacht und SS ausgelöschten Dörfer in Belarus, der Ukraine und im Westen Russlands. Der koloniale Blick auf Menschen aus Osteuropa setzte sich auch nach 1945 fort. In ihrem Roman *Sie kam aus Mariupol* (2017) stellte die ukrainisch-deutsche Schriftstellerin Natascha Wodin, selbst Kind einer Zwangsarbeiterin aus der Sowjetukraine, eindrucksvoll dar, dass die Diskriminierung, Ausgrenzung und Geringschätzung für die »Ostarbeiter« in der BRD weitergingen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit deutschen kolonialen Traditionen des 20. Jahrhunderts im Osten Europas ist also – obwohl in der Geschichtswissenschaft gut erforscht – nur in Nuancen weiter als jene mit dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts.

In diesem Sinne könnte man eher von einer gewissen Kontinuität in der deutschen kolonialen Imagination des »Ostens« sprechen. Allerdings betraf diese Geringschätzung mitnichten nur Menschen aus der Ukraine oder Belarus, sondern auch jene aus Sowjetrussland, schließlich galten die »Ostarbeiter« meist als »Russen«. Woher kommt dann vor diesem Hintergrund jener »pseudoreligiöse Russland-Kitsch«, den Martin Schulze Wessel jüngst kritisierte? Schließlich zeichneten sich die »Russland-Versteher« dadurch aus, dass sie die Machtansprüche Russlands in der Gegenwart letztlich für berechtigt hielten, jene der Ukraine und anderer ostmitteleuropäischer Staaten dagegen für vernachlässigbar. Der Blick auf das 19. Jahrhundert erklärt in diesem Zusammenhang wiederum viel: Das multiethnische und multireligiöse Zarenreich (der Volkszählung von 1897 zu Folge waren nur knapp über 40 Prozent der Bevölkerung russisch) wurde von deutschen politischen und intellektuellen Eliten »russifiziert« und in einer ambivalenten Mischung von Ablehnung, Faszination und Angst als ebenbürtiger Player in Ostmitteleuropa anerkannt. Die deutsche Rezeption der russischen Literatur trug ihren Teil zur Erfindung einer »russischen Seele« bei.

Komplizierter wird es beim Blick ins 20. Jahrhundert und insbesondere im Hinblick auf die Zeit des Nationalsozialismus. Als im Ersten Weltkrieg das deutsche und das russländische Imperium Krieg gegeneinander führten, nutzte Deutschland den Kollaps des Zarenreichs für den (schnell gescheiterten) Versuch, in der Ukraine einen deutschen Marionettenstaat zu errichten. Die Niederlage Deutschlands und besonders die Wiedererrichtung des polnischen Staates beendete zunächst deutsche koloniale Ansprüche in Osteuropa, was aber von weiten Teilen der Gesellschaft nicht akzeptiert wurde. Eine Radikalisierung deutscher kolonialer Ansprüche in Osteuropa war zweifelsohne das Eroberungs- und Vernichtungsprogramm der Nationalsozialisten und ihrer Unterstützer zwischen 1939 und 1945. Die Rolle der Sowjetunion ist in diesem Zusammenhang aber ambivalent. Den Hitler-Stalin Pakt, als die beiden Diktaturen die Aufteilung Ostmitteleuropas vereinbarten, die sie ab September 1939 realisierten, kann man als die Fortsetzung einer deutsch-russischen imperialen Tradition in Ostmitteleuropa betrachten. Diese deutsch-sowjetische Allianz war aber bekanntlich von kurzer Dauer, ja, mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 setzte eine Radikalisierung deutscher Großmachtphantasien ein, die den Genozid des europäischen Judentums in Gang setzte. Russinnen und Russen waren dabei genauso wie die übrige slawische Bevölkerung der brachialen Gewalt der Deutschen ausgesetzt, man denke an das Schicksal des belagerten Leningrad.

Die Ukraine als »blinder Fleck« in unserem kollektiven Gedächtnis

Möglicherweise muss man also auch auf die Geschichte nach 1945 blicken, um den unterschiedlichen Umgang mit Ostmitteleuropa und Russland im deutschen Diskurs der Gegenwart zu verstehen. Der Topos »Auschwitz«, das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager im besetzten Polen, ist bis heute der wichtigste Erinnerungsort Deutschlands im östlichen Europa. Allerdings ist dieses Symbol bis heute merkwürdig losgelöst von dem Kontext des Vernichtungskrieges, der die Einrichtung der Tötungsstätte überhaupt erst ermöglichte. Fragt man dagegen nach dem wichtigsten deutschen Erinnerungsort im unmittelbaren Kontext des Kriegs der Wehrmacht im Osten Europas so ist das nach wie vor die Schlacht von Stalingrad. Stalingrad ist nicht verbunden mit den vermeintlichen Haupttätern des Zweiten Weltkriegs, den Einsatzgruppen und dem Lagerpersonal der SS, sondern mit dem Schicksal der »ganz normalen« Wehrmachtssoldaten, die sich über Jahrzehnte im Nachkriegsdeutschland nicht eingestehen konnten, dass sie auch schuldig waren. Es ist bezeichnend, dass es ein Ort deutschen Leidens ist, der einen so prominenten Platz in der Gedenkkultur einnimmt, während Orte wie Korjukiwa (jenes ausgelöschte Feuerdorf in der Ukraine) praktisch unbekannt sind. Entweder stilisierten die Angehörigen der Wehrmacht sich als Opfer der verantwortungslosen Führung der Wehr-

macht und Hitlers oder sie pflegten den Mythos, man habe mit dem Krieg gegen den Bolschewismus letztlich für eine gerechte Sache gekämpft – eine Interpretation, die im Kontext des Kalten Krieges durchaus in die politische Kultur der BRD passte.

Der zentrale deutsche Erinnerungsort der Deutschen nach 1945 war damit russisch konnotiert auf Grund seiner geographischen Lage in Sowjetrussland, aber auch auf Grund der deutschen »Russifizierung« der multiethnischen Roten Armee, die die Stadt verteidigte. Dieser Ort wiederum ist auch eine Geschichte einer russisch-deutschen Annäherung, die sich auf lokaler Ebene auch noch unter den Vorzeichen der Putin-Diktatur fortsetzen ließ. Treffen deutscher und sowjetischer Veteranen in Russland, Besuche deutscher Politiker in Wolgograd trugen dazu bei, dass sich hier die ehemaligen Gegner gewissermaßen auf Augenhöhe begegneten. Der Wunsch nach der Verteidigung deutsch-russischer Aussöhnung war auch ein Motiv mancher »Russland-Versteher« – sicherlich das nachvollziehbarste. Aber die Sehnsucht nach Frieden zwischen Deutschland und Russland darf nicht einhergehen mit der Ausblendung anderer historischer Erfahrungen und erinnerungskulturellen Perspektiven in Ostmitteleuropa und deren politischen Folgen in der Gegenwart. Eine Hegemonialisierung deutscher Erinnerungspraxis ist zutiefst unangemessen. Der Holodomor in der Ukraine zu Beginn der 1930er Jahre, die Massenerschießungen von Polen im Wald von Katyn 1940 – das sind die Traumata Ostmitteleuropas, die den Blick der Menschen dort gen Moskau bis heute prägen. Eine Dekolonialisierung des deutschen Blicks auf Osteuropa beinhaltet zweierlei: die Erfahrungen Ostmitteleuropas wahrzunehmen und die Bilanz der deutschen Vernichtungspolitik auf polnischem, belarussischem und ukrainischem Boden genauso im Blick zu haben wie die Verbrechen von Wehrmacht und SS in Sowjetrussland.

Wir brauchen neue Perspektiven auf die osteuropäische Geschichte

Das bedeutet nicht den kritischen Blick auf nationale Meistererzählungen über den ewigen Kampf gegen das imperiale Zentrum aufzugeben. Die Geschichte der Sowjetunion ist nicht nur die Geschichte einer von Moskau aus gesteuerten Unterdrückung nicht-russischer Nationen, sondern auch die Geschichte von Menschen wie Wassilij Grossman (1905–1964). Die Ukraine war seine Heimat, die Ermordung des sowjetischen Judentums sein Lebensthema, der Abwehrkampf der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland seine Heldengeschichte, grandios verarbeitet in dem anti-totalitären Roman *Leben und Schicksal* (erstmals 1980 in der Schweiz veröffentlicht). Ambivalenzen gilt es auch in Zukunft sichtbar zu machen, ein erster Schritt dahin ist die Anerkennung der Multiperspektivität der ostmittel- und osteuropäischen Geschichte.

Der Artikel ist zunächst erschienen am 30. März 2022 im Blog von *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* und ist online abrufbar unter https://www.merkur-zeitschrift.de/2022/03/30/deutschland-ostmitteleuropa-russland-und-das-erbe-des-deutschen-kolonialismus/. Wir danken der Autorin und dem *Merkur* für die Genehmigung zum Nachdruck.

Über die Autorin
Dr. *Franziska Davies* ist Akademische Rätin an der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas am Historischen Seminar der LMU München. Gemeinsam mit Katja Makhotina hat sie das Buch »Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs« verfasst, das im April bei der WBG erscheint.

ANALYSE

Herausragende Leistung: Selenskyj als Präsident der geeinten Ukraine

Von Kseniia Gatskova (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

DOI: 10.31205/UA.266.04

Zusammenfassung
Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine im Norden, Osten und Süden mit Panzern, schwerer Artillerie, der Luftwaffe und mehr als 120.000 Soldaten an. Trotz anderslautender Prognosen vieler Experten, die eine Niederlage der Ukraine innerhalb weniger Tage erwarteten, gelang es den russischen Streitkräften auch nach mehr als einem Monat intensiver Gefechte nicht, Oblastzentren bzw. andere größere ukrainische Städte einzunehmen (mit Ausnahme Chersons, einer Stadt mit ca. 280.000 Einwohnern). Zu verdanken ist dies der militärischen Verteidigungsstrategie und dem entschlossenen Widerstand der Ukrainer, aber zu einem großen Teil auch der kompetenten Führung von Präsident Selenskyj und seinem diplomatischen Geschick, was zu Solidarität der Demokratien weltweit mit der Ukraine führte. Im Gegensatz zur chaotischen und ratlosen Reaktion auf den russischen Angriff im Jahr 2014 war die Antwort der ukrainischen Führung im Jahr 2022 schnell und professionell, was bedeutet, dass die Regierung die Risiken im Vorfeld des Angriffs realistisch eingeschätzt hatte.

Geeinte Ukraine

Selenskyj hat in seiner Amtszeit etwas erreicht, was bislang keinem seiner Vorgänger gelungen war: Er hat die Ukraine geeint. In seinen Auftritten, stets integrationsbetont und gendersensibel, gelang es ihm, ukrainische Frauen wie Männer aus dem Osten und dem Westen, aus dem In- und Ausland, aus großen Städten und kleinen Dörfern des Landes gleichermaßen anzusprechen. Selenskyjs klare und bekräftigende Botschaften (siehe Analyse von Ulrich Schmid in dieser Ausgabe), die er seit Beginn des Krieges jeden Tag aussandte, stärkten den Kampfgeist der Menschen für jedweden Einsatz für das gemeinsame Ziel: sei es zur militärischen Verteidigung, im Rahmen der humanitären Hilfe, der Evakuierung der Zivilbevölkerung, wirtschaftliche Aktivität, Freiwilligenarbeit, Bekämpfung der russischen Propaganda etc.

Eine der wichtigsten Botschaften, die Selenskyj in den ersten Kriegstagen an die Welt überbrachte, war, dass das ukrainische Volk nicht kapitulieren werde und bereit sei, für sein Leben, sein Land und seine Freiheit zu kämpfen. In globaler Perspektive übernahm die Ukraine die Aufgabe, die europäische Ordnung und Sicherheit zu verteidigen, während Russland diese gefährdete, indem es einen brutalen Krieg mitten in Europa entfesselte und dabei auch nicht vor Methoden des Nuklearterrorismus zurückschreckte (z. B. andauernde Drohgebärden mit Atomwaffen, Besetzung der Kernkraftwerke Tschernobyl und Saporischschja). Obwohl Russlands Führung behauptet, nur Objekte der militärischen Infrastruktur ins Visier zu nehmen, töteten russische Soldaten systematisch und massenhaft Zivilisten, bombardierten wahllos Wohnviertel, zivile Infrastruktur und das kulturelle Erbe des Landes und begingen noch viele andere Kriegsverbrechen.

Abgesehen von den Vororten Kyjiws wurden vor allem die Regionen im Osten und Süden der Ukraine zerstört, wo eigentlich die meisten russisch orientierten ukrainischen Bürger leben. Die Brutalität des Krieges führte zu einem raschen Stimmungswandel in der Bevölkerung und zu einem Anstieg der Unterstützung für NATO- und EU-Integration. Die Befürwortung eines NATO-Beitritts der Ukraine erreichte mit 76 Prozent den höchsten Wert in der Geschichte (danach gab es allerdings einen Rückgang auf zuletzt 68 Prozent, siehe Umfragen in dieser Ausgabe), zugleich unterstützen 91 Prozent der ukrainischen Bevölkerung die EU-Integration ihres Landes (soziologische Gruppe *Rating*, März 2022). Folglich stieg die Zustimmung zur EU und der NATO um mehr als 20 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorkriegszeit, was vor allem aus deutlich gestiegenen Zustimmungswerten im Süden und Osten der Ukraine resultiert.

Seit 1991 hatte die Ukraine sechs verschiedene Präsidenten. Jeder von ihnen genoss zu Beginn der Amtszeit eine relativ hohe Unterstützung und verlor diese allmählich, bis sie am Ende ihrer Amtszeit ziemlich unpopulär wurden. Vor dem Krieg folgte auch Selenskyjs Popularität diesem Muster, danach aber durchbrach er es. Im März 2022 erreichte er mit 93 Prozent die höchsten Zustimmungswerte eines Präsidenten in der Geschichte des Landes (soziologische Gruppe *Rating*), was sogar seine relativ hohe Popularität zu Beginn seiner Präsidentschaft (73 Prozent) im Jahr 2019 übertraf.

Selenskyjs diplomatische Erfolge

Eine der eindrucksvollsten Botschaften, die Selenskyj nach Kriegsbeginn an die internationale Gemeinschaft sandte, war eine Demonstration seines eisernen Willens:

Trotz zahlreicher Möglichkeiten zur Flucht weigerte er sich, das Land zu verlassen und blieb in Kyjiw, obwohl die russischen Aggressoren ihn und seine Familie explizit zum Ziel Nummer eins erklärt hatten. Damit stellte der ukrainische Staatschef seine persönlichen Interessen hinter die Interessen seines Landes zurück (ein krasser Kontrast übrigens zu Vor-Vorgänger Wiktor Janukowytsch, der 2014 Hals über Kopf das Land verlies). Selenskyjs auf das jeweilige Zielpublikum zugeschnittenen Reden vor dem US-Kongress, dem EU-Parlament, deutschen, britischen, japanischen, australischen und anderen nationalen Parlamenten trugen dazu bei, Prozesse zu beschleunigen, die ansonsten oft Monate oder Jahre gedauert hätten. Zu den drei Hauptprioritäten der diplomatischen Bemühungen von Selenskyj gehörten die Verhängung von gegen Russland gerichteten wirtschaftlichen und persönlichen Sanktionen, die Lieferung von Waffen an die Ukraine sowie die finanzielle Unterstützung der Ukraine. In allen drei Bereichen erzielte die Ukraine in kürzester Zeit beachtliche Erfolge.

Obwohl sie sich nicht bereit zeigten, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten und den russischen Streitkräften auf ukrainischem Territorium direkt entgegenzutreten, stimmten die Partnerstaaten der Ukraine zu, militärische Ausrüstung und Waffen in beachtlichem Ausmaß zu liefern, darunter Javelin-Panzerabwehrraketen und Stinger-Flugabwehrraketen.

Modernisierung der Armee entscheidend

Tatsächlich war diese internationale Militärhilfe (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.) äußerst wichtig. Die hohe Leistungsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte im Jahr 2022 ist jedoch noch auf einen anderen Faktor zurückzuführen – die Armeereformen, die Selenskyjs Vorgänger Petro Poroschenko initiiert hat. Aus der Besetzung der Krim und Teilen des Donbas sowie infolge einer schonungslosen Analyse der Gründe für die schlechte Kampfleistung 2014 wurden wichtige Lehren gezogen, und die ukrainische Armee wurde anschließend in zentralen Bereichen reformiert: Verbesserung von Führung und Kontrolle, Planung, Operationsfähigkeit, medizinische Hilfe und Logistik sowie berufliche Entwicklung der Streitkräfte. In enger Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten USA, Kanada, dem Vereinigten Königreich, Litauen und Deutschland erfuhren die ukrainischen Streitkräfte eine bemerkenswerte Modernisierung. Und so hat sich die einstmals marode ukrainische Armee nach 2016 zu einer gut funktionierenden Institution entwickelt, die dem militärisch eigentlich weit überlegenen Gegner Russland Paroli bieten kann und in der Bevölkerung ein hohes Maß an Vertrauen genießt.

Darüber hinaus gibt sich der ukrainische Präsident der Welt gegenüber offen und nutzt gerne unkonventionelle Ansätze. So rief er internationale Freiwillige dazu auf, sich »der Verteidigung der Ukraine, Europas und der Welt anzuschließen« und der »Internationalen Legion« zur Verteidigung des ukrainischen Territoriums beizutreten. Nach Angaben von Außenminister Dmytro Kuleba haben sich Anfang März 2022 mehr als 20.000 Freiwillige aus 52 Ländern gemeldet, um für die Ukraine zu kämpfen.

An der Front des Informationskriegs mit Russland arbeitet die Ukraine aktiv daran, der Propaganda und Desinformation der russischen Medien entgegenzuwirken und die Welt über die tatsächlichen Entwicklungen im Krieg zu informieren. Die vereinten Bemühungen ukrainischer Mediengruppen, faktenbasierte Berichte zu produzieren und Nachrichten über den Krieg rund um die Uhr zu verbreiten, werden durch Initiativen von Freiwilligen und IT-Spezialisten ergänzt.

Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen

Der Krieg hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der Ukraine. Laut Umfrageergebnissen des Umfrageunternehmens *Gradus* haben rund 85 Prozent der Unternehmen ihre Arbeit eingestellt oder mussten ihre Aktivitäten reduzieren. Das Bruttoinlandsprodukt fiel im ersten Quartal um 16 Prozent und könnte 2022 um bis zu 40 Prozent sinken. Als Antwort auf die Forderungen von Wirtschaftsvertretern initiierte Selenskyj eine Reihe von Maßnahmen, um die Wirtschaft der Ukraine zu entlasten. So zahlen Kleinunternehmen seit dem 1. April 2022 nur noch freiwillig Steuern. Werden keine Steuern entrichtet, droht keine Strafverfolgung. Größere Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 10 Milliarden Hrywnja sollen pauschal 2 Prozent ihres Umsatzes zahlen. Viele Unternehmen sehen sich mit großen Problemen konfrontiert, wie z. B. sinkender Nachfrage (Kundenmangel), Personalmangel aufgrund von Flucht und Vertreibung, Logistikproblemen und mehr. Daher wurde Selenskyjs Kurs von den kleinen und mittleren Unternehmen sehr begrüßt. Strategisch sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen für diese Unternehmen von entscheidender Bedeutung, da sie eine wichtige Rolle für den Arbeitsmarkt innehaben und als zentrale Säule moderner Volkswirtschaften gelten.

Blick in die Zukunft: Rückerstattung, Wiederaufbau, Wiederherstellung

Nicht zuletzt ist die zukunftsorientierte Komponente der Reden von Präsident Selenskyj herauszustellen. Der ukrainische Präsident bekräftigt, dass es für die Zeit nach dem Krieg gute Perspektiven für die Ukraine gebe: Das Land werde seine Infrastruktur wieder aufbauen, Menschen, deren Privateigentum zerstört oder beschädigt wurde, würden Entschädigungen erhalten

und die Wirtschaft wird sich erholen. Die wichtigste Botschaft des Präsidenten ist, dass Gerechtigkeit wiederhergestellt werde. In diesem Zusammenhang bezieht sich die vielleicht bedeutendste öffentliche Forderung auf die Verfolgung und Bestrafung der von den russischen Besatzern begangenen Kriegsverbrechen. Der Einsatz von Artillerie- und Raketenangriffen sowie Streumunition und Vakuumbomben durch Russland hat in vielen Städten der Ukraine zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt. In den von den russischen Truppen einst besetzten und nun befreiten ukrainischen Gebieten wie Butscha wurden zahlreiche Beweise für Gräueltaten an der örtlichen Zivilbevölkerung gefunden. Als Reaktion auf diese Verbrechen forderte Präsident Selenskyj den Internationalen Strafgerichtshof auf, Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen einzuleiten.

Laut einer Umfrage der soziologischen Gruppe *Rating* vom März 2022 ist die Mehrheit der Ukrainer optimistisch, was den Wiederaufbau des zerstörten Landes nach dem Krieg angeht: 51 Prozent glauben, dass das Land in der Lage sein wird, die Städte innerhalb von fünf Jahren wiederaufzubauen.

Darüber hinaus treibt Selenskyj eine internationale Agenda mit Blick auf die Ausarbeitung neuer wirksamer Instrumente und Abkommen voran, die friedliche Staaten in Zukunft schnell und wirksam vor militärischen Aggressionen schützen sollen. Da sich das Budapester Memorandum von 1994, das, im Gegenzug für die Abgabe ukrainischer Nuklearwaffen, Sicherheitsgarantien durch die USA, Großbritannien und Russland bieten und die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Ukraine schützen sollte, als unwirksam erwies, erscheint der Verzicht der Ukraine auf Atomwaffen im Nachhinein als Fehler, den andere (potenzielle) Atommächte kaum wiederholen werden. Um die negativen Folgen für künftige internationale Sicherheitsabkommen zu vermeiden und wirklich funktionierende Sicherheitsverträge auszuarbeiten, leitet Selenskyj einen Verhandlungsprozess über Vereinbarungen ein, die konkrete und eindeutige Verpflichtungen enthalten, wie Garantiemächte im Falle einer militärischen Aggression zu reagieren haben.

Fazit: Drei Säulen der ukrainischen Solidarität

Zusammenfassend: Der von Präsident Wolodymyr Selenskyj angeführte ukrainische Widerstand gegen die russische Invasion kann als stark, gut organisiert und entschlossen bezeichnet werden. Dieser Widerstand beruht vor allem auf drei Säulen der gesellschaftlichen Solidarität. Erstens ist das nationalstaatliche Bewusstsein so ausgeprägt wie nie zuvor. Die ukrainische Bevölkerung zeigt zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit 1991 eine bemerkenswerte Einigkeit, was gemeinsame Werte und politische Orientierungen betrifft. Es existieren praktisch keine Meinungsverschiedenheiten mehr darüber, welchen Weg das Land einschlagen soll. Die eindeutige Wahl fällt auf eine EU- und NATO-Integration. Damit entscheidet sich die Ukraine endgültig gegen den Weg des postsowjetischen Autoritarismus und der politischen Abhängigkeit von Russland, sowie gegen die daraus resultierende militärische Verwundbarkeit und andauernde eingefrorene Konflikte. Die zweite Säule der ukrainischen Solidarität bildet ein verstärkter »funktionaler Zusammenhalt« der Ukrainerinnen und Ukrainer, der die Menschen dazu verpflichtet, sich gegenseitig zu helfen und in verschiedensten Bereichen, je nach seinen Möglichkeiten, zum Sieg gegen den Aggressor beizutragen. Das betrifft nicht nur die militärische Verteidigung, sondern auch humanitäre Hilfe, die Unterstützung der Armee und der Zivilbevölkerung durch Freiwillige, z. B. bei der Evakuierung, Aufnahme von Flüchtlingen im In- und Ausland, Einsatz für die Wirtschaft des Landes, Engagement im Kampf gegen die russische Propaganda u. v. m. Die dritte Säule der Solidarität bildet das gemeinsame ultimative Ziel: Die Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind, der 2014 die Krim und die Donbas-Gebiete besetzte und acht Jahre später einen brutalen Krieg in der gesamten Ukraine entfesselte.

Auf ukrainischer Seite ist der Wille sehr groß, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Wenn die politische und militärische Unterstützung seitens der Partnerstaaten – einschließlich der USA, Großbritannien und anderer NATO-Staaten – rechtzeitig und im notwendigen Ausmaß kommt, hat die Ukraine eine realistische Chance, den militärisch überlegenen Aggressor zu besiegen.

Stand: 06.04.2022

Über die Autorin:

Dr. *Kseniia Gatskova* ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind postsowjetische Transformation, soziale Ungleichheit, Migration und Zivilgesellschaft. Kseniia Gatskova ist Mitglied im Beirat der Ukraine-Analysen.

DEKODER

Neutrale Ukraine – ein Ausweg aus dem Krieg?

Einleitung von dekoder:

Inmitten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gab es bereits mehrere Verhandlungsrunden. Viel Hoffnung auf eine schnelle diplomatische Lösung besteht nicht. Und doch fällt immer wieder ein Stichwort: ein »neutraler« Status für die Ukraine und die Verankerung eines solchen Status in der ukrainischen Verfassung. Aber was heißt das überhaupt? Geht das? Und: Könnte der Krieg dadurch wirklich (so einfach) beendet werden?

1. Neutrale Ukraine – ist doch DIE Lösung, oder?

Die Idee klingt tatsächlich nach einer einfachen Lösung: Die russische Führung würde mit einem neutralen Puffer-Staat (»cordon sanitaire«) bekommen, was sie verlangt, und der Krieg könnte schnell enden.

So einfach ist es aber nicht und zwar aus drei zentralen Gründen:

Erstens: Die Ukraine ist kein Objekt von Verhandlungen, sondern ein souveräner Staat. Entscheidend ist also, was die ukrainische Regierung und die Menschen im Land als mögliche Lösung für den Krieg sehen. Präsident Wolodymyr Selensky hat betont, dass Sicherheitsgarantien zum Schutz seines Landes zunächst am wichtigsten sind.

Zweitens: Egal, ob es am Ende um einen »neutralen« Status geht oder um einen anderen Kompromiss – Sicherheitsgarantien sind dabei das Kernproblem, wie bisherige Forderungen der Ukraine zeigen. Alles dreht sich in dem, was dazu bislang bekannt ist, um die Frage, wer einer möglichen »neutralen« Ukraine im Fall eines Angriffs militärisch beistehen würde, ohne Wenn und Aber. Andernfalls sähe sich die Ukraine als Nicht-NATO-Mitglied schutzlos einem Angreifer ausgeliefert. Entscheidend sind also Garanten, sprich: (Schutz-)Staaten (USA, Großbritannien etc.) oder internationale Organisationen, die rechtsverbindlich verpflichtet wären einzugreifen, notfalls militärisch. Allen voran müsste sich auch Russland darauf erst einmal einlassen. Und die Ukraine muss sich sicher sein können, dass die Garantien das Papier, auf dem sie stehen, auch wert sind.

Drittens: Die jüngere Geschichte der Ukraine mahnt zur größten Vorsicht, weil Russland mit der Annexion der Krim im Jahr 2014 bereits ein Schutzabkommen gebrochen hat, nämlich das Budapester Memorandum von 1994. Über das Abkommen war der Ukraine territoriale Integrität, Souveränität und Schutz zugesichert worden – von Russland selbst, außerdem von den USA und Großbritannien. Im Gegenzug hat die Ukraine damals die auf ihrem Gebiet aus Sowjetzeiten »geerbten« Atomwaffen abgegeben (aber keine »Neutralität« versprochen). Die Annexion hat gezeigt, dass das Budapester Memorandum keinen effektiven Schutz bot. Der Angriffskrieg seit dem 24. Februar 2022 unterstreicht das nur ein weiteres Mal.

Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob sich die russische Seite mit einer »Neutralität« allein wirklich zufrieden geben würde. In den TV-Ansprachen vor der Invasion hat Russlands Präsident Wladimir Putin die Existenz der Ukraine als Staat wiederholt und mit Nachdruck generell infrage gestellt.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)
Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

2. Was genau liegt überhaupt auf dem Verhandlungstisch?

Momentan fungiert das Stichwort »Neutralität« vor allem als eine Art Türöffner für die ersten Verhandlungsrunden zwischen Russland und der Ukraine – wobei unklar ist, ob das irgendwo hinführen kann.

Die zentralen Punkte, sowohl auf der russischen, als auch auf der ukrainischen Seite, zeigen, wie weit die Vorstellungen dabei auseinander liegen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat drei zentrale Maximalforderungen genannt.

- Erstens: Neutralität der Ukraine, verbunden mit einer Entmilitarisierung
- Zweitens: Anerkennung der Krim als Teil Russlands
- Drittens: Anerkennung der Unabhängigkeit der sogenannten Volksrepubliken im Donbass

Das Ziel eines Regimewechsels in Kiew, der im russischen Propaganda-Narrativ »Entnazifizierung« impliziert war, ist im Zuge der eigentlichen Verhandlungen kaum noch betont worden. Damit wird nun der ursprünglich angestrebte Regimewechsel in Kiew nicht explizit angesprochen und der Weg für direkte Gespräche zwischen Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky offen gehalten.

Selensky hat auf die russischen Verlautbarungen bisher deutlich ablehnend reagiert, insbesondere auf die Forderungen zwei und drei, die die territoriale Integrität der Ukraine infrage stellen.

Auch eine mögliche Neutralität legt Selensky anders aus.

- Erstens: Er verwendet eine enge Definition von Neutralität und meint damit den Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft, die mit noch zu definierenden Sicherheitsgarantien durch eine größere Anzahl von Garantstaaten (darunter die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, oder auch die Türkei, Polen, Israel) abgesichert werden soll. Diese Sicherheitsgarantien und die Frage, wie sie durchgesetzt werden können, sind der eigentliche Knackpunkt.
- Zweitens: Eine Entmilitarisierung wird von der Ukraine abgelehnt
- Drittens: Es besteht Selbstbestimmungsrecht in der politischen und wirtschaftlichen Westorientierung der Ukraine (EU-Integration)

Die mehrheitliche gesellschaftliche Zustimmung in der Ukraine für die NATO-Mitgliedschaft ist seit 2019 gestiegen und bleibt auch jetzt im Krieg hoch. Daher ist unklar, ob ein möglicher Kompromiss seitens Selenskys überhaupt auf die nötige gesellschaftliche Akzeptanz stoßen würde. Der ukrainische Präsident hat ein Referendum über ein Abkommen angekündigt. Territoriale Fragen der Ukraine würden dabei voraussichtlich noch kontroverser in der Bevölkerung aufgenommen als ein Verzicht auf einen NATO-Beitritt.

Gwendolyn Sasse, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

3. War die Ukraine bislang nicht sowieso neutral?

Die Kurzversion: Ja, die Ukraine gehört weder der NATO noch der EU an. Für die Ukraine gab und gibt es mittelfristig auch keine Perspektive, in die NATO aufgenommen zu werden. Was die EU angeht, hat sich dagegen seit dem Assoziierungsabkommen von 2014 eine potentielle Beitrittsperspektive eröffnet, wobei der Weg zum offiziellen Status als Beitrittskandidat noch weit ist.

Die Beantwortung dieser Frage ist jedoch etwas komplizierter und hilft zu verstehen, dass es zu einfach ist, eine Art »neutrale« Ukraine als schnelle Lösung für den derzeitigen Krieg anzusehen. Also von vorn: Die Ukraine war und ist bündnisfrei, besaß jedoch nie einen offiziell »neutralen« Status (wie etwa Finnland). Zugleich hatte die Ukraine seit 1994 mit dem Budapester Memorandum einen gewissen Schutzstatus genossen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik war seither davon geprägt, sowohl in Richtung EU und NATO also auch in Richtung Russland zu blicken – je nachdem, ob der prorussische Viktor Janukowitsch oder prowestliche Kräfte wie Viktor Juschtschenko in Regierungsämtern waren. Unter Juschtschenko erhielt die Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 eine grundsätzliche Beitrittsperspektive (neben Georgien). Hintergrund waren Ängste um die territoriale Integrität mit Russland als direktem Nachbarn und seinem Flottenstützpunkt auf der Krim, während ein Konflikt um die Lieferung russischen Gases schwelte.

Der Fünf-Tage-Krieg zwischen Russland und Georgien nur kurze Zeit später bestätigte solche Ängste. Damit wurde jedoch die NATO zögerlich. Wegen Bedenken, Länder aufzunehmen, die eine mögliche Konfrontation mit Russland als Bündnisfall mit sich bringen könnten, rückte eine Mitgliedschaft auch für die Ukraine schlagartig in die Ferne.

Mit Janukowitsch zurück im höchsten Staatsamt, ab 2011, erklärte sich die Ukraine sogar per Gesetz zu einem Staat ohne militärisches Bündnis. Als Janukowitsch auf Druck aus Moskau EU-Annäherungen stoppte, löste das im Winter 2013/14 die Maidan-Revolution gegen ihn aus. In der Folge annektierte Russland die Krim. Nur wenige Wochen später wurde der politische Kurs, in die NATO und die EU zu streben, von der neuen ukrainischen Regierung umso hartnäckiger wieder aufgenommen. Mit zunehmender Bedrohung wurden Allianzen verstärkt gesucht.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)
Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

4. Was soll das überhaupt sein – ein »neutrales« Land – wenn man es auf dem Reißbrett entwirft?

Neutral kann ein Land in zwei Hinsichten sein:

Zum einen, wenn ein Land sich nicht in geopolitische Rivalitäten von Großmächten einmischt – was in der Praxis einer Nicht-Paktgebundenheit entspricht. Oder zum anderen auch dann, wenn ein Land grundsätzlich im Kriegsfall seine Neutralität wahrt (abgesichert über einen entsprechenden »völkerrechtlichen Status«).

Neutralität bedeutet damit nicht zwangsläufig eine Entmilitarisierung: Es gibt auch eine sogenannte bewaffnete Neutralität. Sie räumt neutralen Staaten zumeist das Recht ein, eigene Streitkräfte zur Landesverteidigung zu unterhalten. Was dann sogar umso wichtiger ist, um sich gegen Angriffe selbst wehren zu können.

Traditionell war ein neutraler Status in zurückliegenden Jahrhunderten vor allem zum Schutz kleiner Staaten gedacht, insbesondere in Kriegszeiten. Daraus erklärt sich auch, dass in Bezug auf die Ukraine beim Stichwort »Entmilitarisierung« und/oder »Neutralität« viele, zum Teil sehr verschiedene Schlagworte wie »Finnlandisierung« fallen, beziehungsweise von einem schwedischen oder von einem österreichischen Weg die Rede ist.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)
Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

5. Was ist mit der Idee einer »Finnlandisierung« der Ukraine?

Der Begriff »Finnlandisierung« bezieht sich auf den neutralen Status Finnlands, den das Land seit den 1940er Jahren inne hat. Der wurde zwar zu Sowjetzeiten anders mit Leben gefüllt als das seit Ende des Kalten Krieges geschieht. Entscheidend aber ist, dass er weder damals noch heute ein passendes Modell für die Ukraine liefert.

Um das vor Augen zu führen, zunächst kurz zu den völkerrechtlich relevanten Prinzipien, auf denen das finnische Modell fußt: Es gibt eine gegenseitige Nichtangriffs-Garantie, eine gegenseitig zugesicherte Bündnisfreiheit und Begrenzungen der finnischen Streitkräfte, die in ihrer Größe und Ausrüstung lediglich Aufgaben der inneren Sicherheit und der Landesverteidigung entsprechen dürfen. Zugleich werden die Souveränität und territoriale Integrität Finnlands bekräftigt. Vertragspartner war einst die Sowjetunion, heute ist es der Rechtsnachfolger Russland.

Insofern bestehen die ursprünglich zu Sowjetzeiten geschlossenen Verträge fort. Doch die finnische Regierung hat sich Anfang der 1990er Jahre entschieden, das Land innerhalb des neutralen Status anders aufzustellen: So ist Finnland zwar nicht Mitglied der NATO, wohl aber Teil aller Partnerschaftsprogramme der NATO2 geworden und seit 1995 auch vollwertiges EU-Mitglied.

Das Kernproblem bei der Idee einer neutralen Ukraine nach finnischem Vorbild: Die gegenwärtig bekannten russischen Forderungen gehen weit darüber hinaus. Russlands Vorstellung nach dürfte es keinerlei Armee geben, auch keinerlei Assoziierung mit Militärbündnissen wie der NATO. Damit wäre die Ukraine wehrlos. Russland würde sich de facto Einfluss auf den Nachbarn sichern, so wie es der Sowjetunion in Finnland bis zum Ende des Kalten Krieges schon gelang3 – weil die Bedrohung durch eine Atommacht ohne andere Schutzalternativen zu groß war.

Zudem bieten die (völkerrechtlichen) Grundlagen zur finnischen Neutralität so oder so nicht die notwendigen Sicherheitsgarantien, die die Ukraine mit Blick auf die Erfahrungen aus Krim-Annexion und laufendem Angriffskrieg erwarten würde. Ob eine Aggression Russlands damit eingehegt werden kann, ist daher fraglich.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)
Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

6. Schweden oder Österreich – sind vielleicht das die passenderen Modelle?

Die Modelle von Schweden und Österreich sind ebenfalls in die Diskussion eingebracht worden. Beide sind aber noch weniger als eine »Finnlandisierung« dazu geeignet, um auf die Ukraine angewendet zu werden, weil keine vertraglich verbindlich festgehaltenen Sicherheitsgarantien existieren – die aber bräuchte es jetzt.

Schwedens Neutralität war freiwillig, also ohne jegliche Vertragsbindung und geht in die Zeit der napoleonischen Kriege im frühen 19. Jahrhundert zurück. Daher war die Umsetzung auch relativ uneben und besonders im Zweiten Weltkrieg hat Schweden seine neutrale Position nicht gehalten: Die Regierung hat Nazideutschland sowohl wirtschaftlich unterstützt als auch den Transit deutscher Truppen an die Ostfront ermöglicht. Nach 1945 war Schweden zwar weiterhin formell neutral, hat sich aber immer stärker auch militärisch an den Westen angelehnt und ist analog zu Finnland seit 1995 EU-Mitglied, wenngleich in militärischer Hinsicht weiter bündnisfrei.

Österreich ist ein weiterer Fall, der in der Diskussion um eine neutrale Ukraine eine Rolle spielt. Im Fokus stehen vor allem die zwischen Österreich und der damaligen Sowjetunion geschlossenen Abmachungen aus den frühen 1950er Jahren, mit denen Österreich seine Souveränität wiedererlangte. Die Neutralität des Landes ist in der Verfassung und in einem separaten Verfassungsgesetz verankert worden. Es gibt hier, wie im Falle von Schweden, keine Sicherheitsgarantien.

Außerdem hat Österreich sich über die Jahrzehnte strikt vorbehalten, selbst zu entscheiden, was mit seiner Neutralität vereinbar ist. Das hat unter anderem dazu geführt, dass es 1995 zu einer Novellierung des Verfassungsgesetzes zur Neutralität kam, so dass der Weg in die Europäische Union geebnet werden konnte – einschließlich einer Beteiligung an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union.

Angesichts der russischen Forderungen ist es schon erstaunlich, dass diese Staaten überhaupt als Modelle einer vermeintlich einfachen Lösung herangezogen werden: Denn für sie sind eine EU-Mitgliedschaft und Kooperationen mit der NATO über die vergangenen Jahrzehnte zu einem wesentlichen Teil ihrer Außen- und Verteidigungspolitik geworden. Das zeigt sich auch im russischen Angriffskrieg selbst: Sowohl Finnland als auch Schweden haben Waffen an die Ukraine geliefert; Österreich hat der NATO erlaubt, seinen Luftraum für Überflüge zu nutzen.

Gwendolyn Sasse, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

Das FAQ #3 »Neutrale Ukraine – ein Ausweg aus dem Krieg?« erschien am 01.04.2022 auf dekoder.org und ist unter folgendem Link abrufbar: https://www.dekoder.org/de/article/faq-neutralitaet-ukraine-nato-russland-krieg.

Der erste Teil der Reihe, »Wie hat Wladimir Putin den Krieg begonnen, und wie rechtfertigt er ihn?«, ist unter diesem Link abrufbar: https://www.dekoder.org/de/article/putin-angriffskrieg-ukraine-faq.

Der zweite Teil der Reihe, »Wie kann man diesen Krieg beenden?«, ist unter diesem Link abrufbar: https://www.dekoder.org/de/article/faq-ukraine-krieg-frieden-diplomatie.

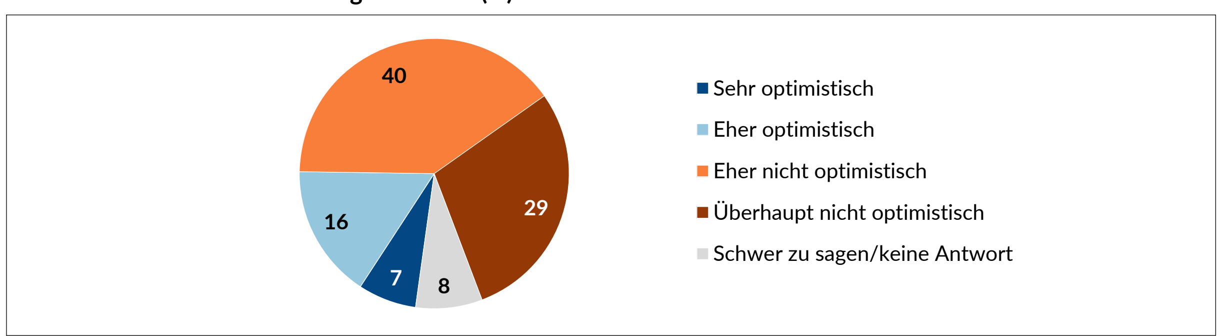
Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt unserem langjährigen Partner Dekoder und den Autor:innen für die Erlaubnis zum Nachdruck.



UMFRAGEN

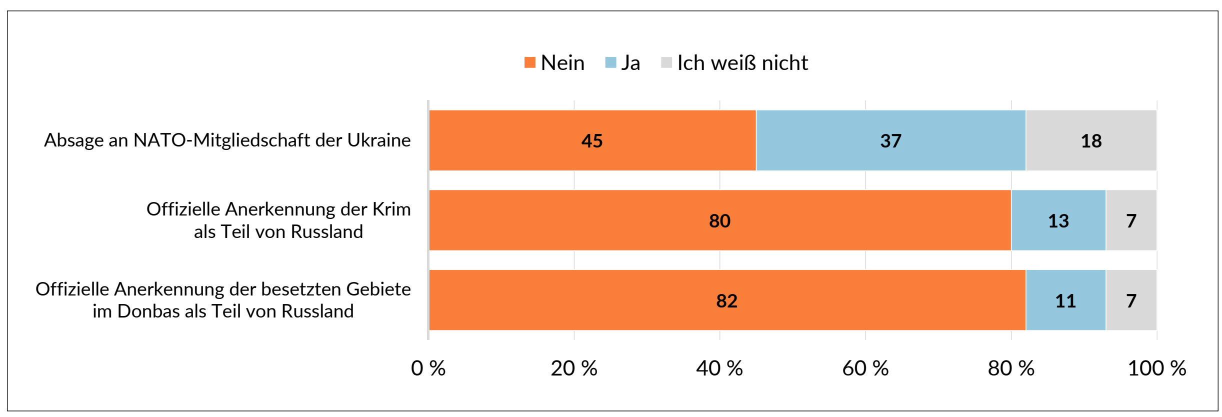
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Krieg

Grafik 1: Wie optimistisch sind Sie, dass die aktuellen Gespräche zwischen der Ukraine und Russland zu einem Ende des Krieges führen? (%)



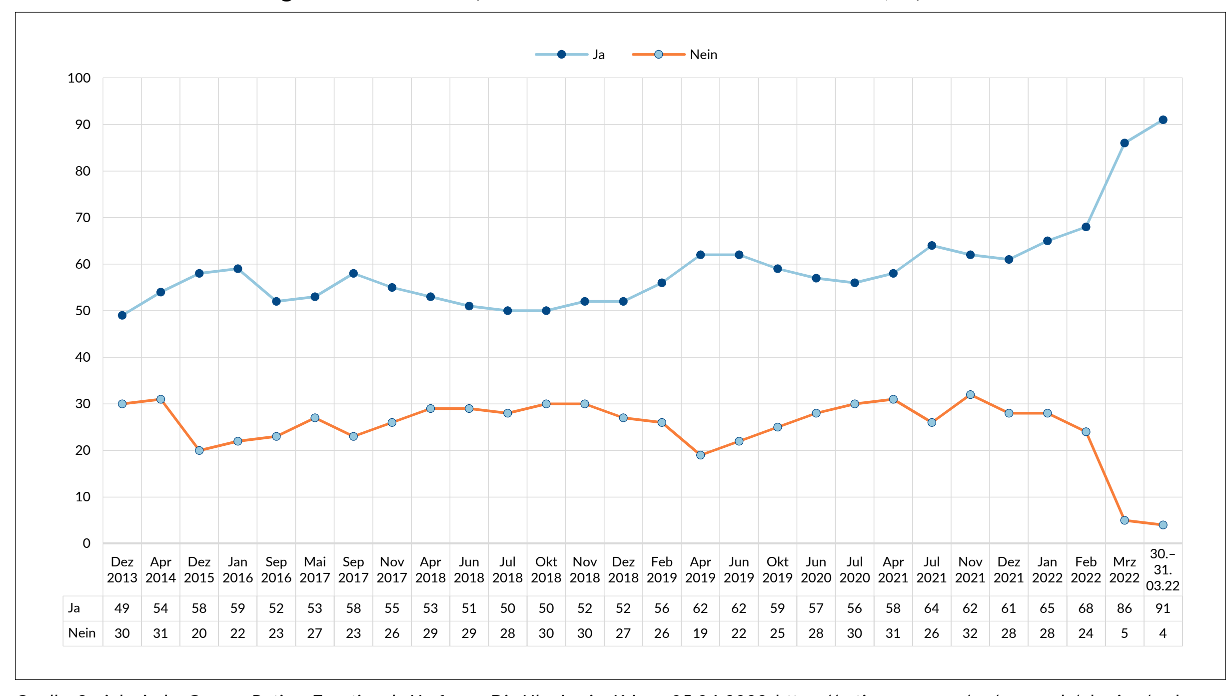
Quelle: InfoSapiens, repräsentative Umfrage zum Kriegsgeschehen in der Ukraine, 30.03.2022, https://sapiens.com.ua/en/publication-single-page?id=211.

Grafik 2: Würden Sie eines der folgenden Szenarien akzeptieren, wenn es den Krieg in der Ukraine sofort beenden würde? (%)



Quelle: InfoSapiens, repräsentative Umfrage zum Kriegsgeschehen in der Ukraine, 30.03.2022, https://sapiens.com.ua/en/publication-single-page?id=211.

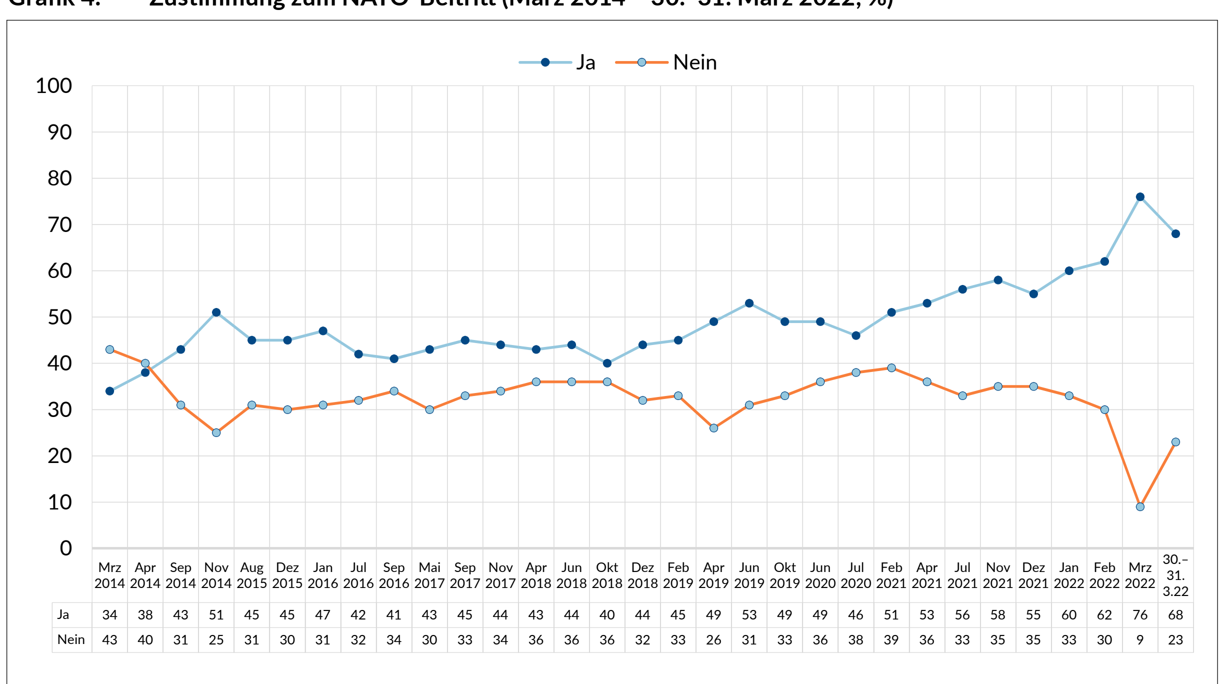
Grafik 3: Zustimmung zum EU-Beitritt (Dezember 2013 – 30.–31. März 2022, %)



	Dez 2013	Apr 2014	Dez 2015	Jan 2016	Sep 2016	Mai 2017	Sep 2017	Nov 2017	Apr 2018	Jun 2018	Jul 2018	Okt 2018	Nov 2018	Dez 2018	Feb 2019	Apr 2019	Jun 2019	Okt 2019	Jun 2020	Jul 2020	Apr 2021	Jul 2021	Nov 2021	Dez 2021	Jan 2022	Feb 2022	Mrz 2022	30.–31. 03.22
Ja	49	54	58	59	52	53	58	55	53	51	50	50	52	52	56	62	62	59	57	56	58	64	62	61	65	68	86	91
Nein	30	31	20	22	23	27	23	26	29	29	28	30	30	27	26	19	22	25	28	30	31	26	32	28	28	24	5	4

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 7. nationale Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 05.04.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/sedmoy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_30-31_marta_2022.html.

Grafik 4: Zustimmung zum NATO-Beitritt (März 2014 – 30.–31. März 2022, %)



	Mrz 2014	Apr 2014	Sep 2014	Nov 2014	Aug 2015	Dez 2015	Jan 2016	Jul 2016	Sep 2016	Mai 2017	Sep 2017	Nov 2017	Apr 2018	Jun 2018	Okt 2018	Dez 2018	Feb 2019	Apr 2019	Jun 2019	Okt 2019	Jun 2020	Jul 2020	Feb 2021	Apr 2021	Jul 2021	Nov 2021	Dez 2021	Jan 2022	Feb 2022	Mrz 2022	30.–31. 3.22
Ja	34	38	43	51	45	45	47	42	41	43	45	44	43	44	40	44	45	49	53	49	49	46	51	53	56	58	55	60	62	76	68
Nein	43	40	31	25	31	30	31	32	34	30	33	34	36	36	36	32	33	26	31	33	36	38	39	36	33	35	35	33	30	9	23

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 7. nationale Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 05.04.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/sedmoy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_30-31_marta_2022.html.

Grafik 5: Zustimmung zum EU-Beitritt (nach Regionen*, 30.–31. März 2022, %)



	Unterstützung	Egal	Schwer zu sagen	Ablehnung
Osten	82	7	3	8
Süden	90	4	1	6
Zentrum	93	3	1	3
Westen	96	2		2

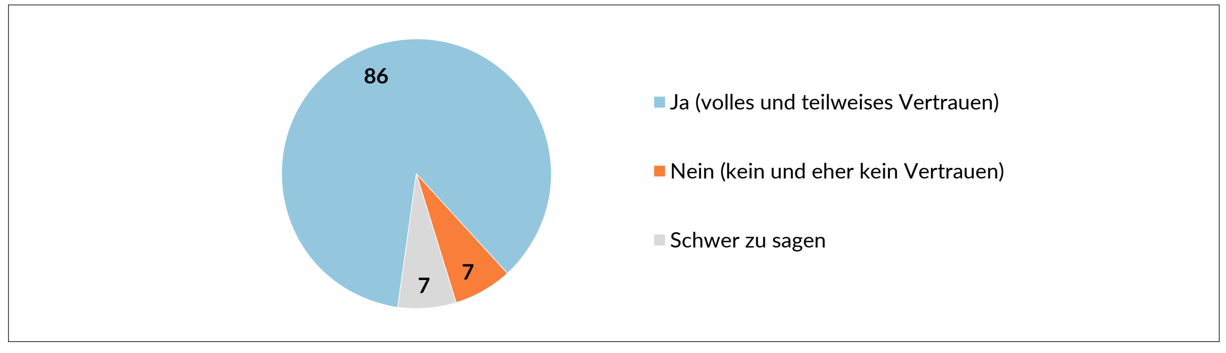
0 % 10 % 20 % 30 % 40 % 50 % 60 % 70 % 80 % 90 % 100 %

Makroregionen der Ukraine, wie sie für diese Umfrage definiert wurden



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 7. nationale Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 05.04.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/sedmoy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_30-31_marta_2022.html. *Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von* https://www.openstreetmap.org.

Grafik 6: Haben Sie Vertrauen in Präsident Wolodymyr Selenskyj? (%)



Quelle: Gradus Research Company, Socio-political moods during the full-scale invasion of the Russian Federation's troops on the territory of Ukraine – third research wave, https://gradus.app/documents/189/Gradus_Report_War_30032022_w3_eng.pdf.

DOKUMENTATION

Human Rights Watch: Ukraine: Apparent War Crimes in Russia-Controlled Areas

Summary Executions, Other Grave Abuses by Russian Forces

Human Rights Watch has documented several cases of Russian military forces committing laws-of-war violations against civilians in occupied areas of the Chernihiv, Kharkiv, and Kyiv regions of Ukraine. These include a case of repeated rape; two cases of summary execution, one of six men, the other of one man; and other cases of unlawful violence and threats against civilians between February 27 and March 14, 2022. Soldiers were also implicated in looting civilian property, including food, clothing, and firewood. Those who carried out these abuses are responsible for war crimes.

"The cases we documented amount to unspeakable, deliberate cruelty and violence against Ukrainian civilians," said Hugh Williamson, Europe and Central Asia director at Human Rights Watch. "Rape, murder, and other violent acts against people in the Russian forces' custody should be investigated as war crimes."

Human Rights Watch interviewed 10 people, including witnesses, victims, and local residents of Russia-occupied territories, in person or by telephone. Some people asked to be identified only by their first names or by pseudonyms for their protection.

On March 4, Russian forces in Bucha, about 30 kilometers northwest of Kyiv, rounded up five men and summarily executed one of them. A witness told Human Rights Watch that soldiers forced the five men to kneel on the side of the road, pulled their T-shirts over their heads, and shot one of the men in the back of the head. "He fell [over]," the witness said, "and the women [present at the scene] screamed."

Russian forces in the village of Staryi Bykiv, in Chernihiv region, rounded up at least six men on February 27, and later executed them, according to the mother of one of the men, who was nearby when her son and another man were apprehended, and who saw the dead bodies of all six.

A 60-year-old man told Human Rights Watch that on March 4, a Russian soldier threatened to summarily execute him and his son in Zabuchchya, a village northwest of Kyiv, after searching their home and finding a hunting rifle and gasoline in the backyard. Another soldier intervened to prevent the other soldier from killing them, the man said. His daughter corroborated his account in a separate interview.

On March 6, Russian soldiers in the village of Vorzel, about 50 kilometers northwest of Kyiv, threw a smoke grenade into a basement, then shot a woman and a 14-year-old child as they emerged from the basement, where they had been sheltering. A man who was with her in the same basement when she died from her wounds two days later, and heard accounts of the incident from others, provided the information to Human Rights Watch. The child died immediately, he said.

A woman told Human Rights Watch that a Russian soldier had repeatedly raped her in a school in the Kharkiv region where she and her family had been sheltering on March 13. She said that he beat her and cut her face, neck, and hair with a knife. The next day the woman fled to Kharkiv, where she was able to get medical treatment and other services. Human Rights Watch reviewed two photographs, which the woman shared with Human Rights Watch, showing her facial injuries.

Many of the Ukrainian civilians we interviewed described Russian forces taking food, firewood, clothing, and other items such as chainsaws, axes, and gasoline.

All parties to the armed conflict in Ukraine are obligated to abide by international humanitarian law, or the laws of war, including the Geneva Conventions of 1949, the First Additional Protocol to the Geneva Conventions, and customary international law. Belligerent armed forces that have effective control of an area are subject to the international law of occupation. International human rights law, which is applicable at all times, also applies.

The laws of war prohibit wilful killing, rape and other sexual violence, torture, and inhumane treatment of captured combatants and civilians in custody. Pillage and looting are also prohibited. Anyone who orders or deliberately commits such acts, or aids and abets them, is responsible for war crimes. Commanders of forces who knew or had reason to know about such crimes but did not attempt to stop them or punish those responsible are criminally liable for war crimes as a matter of command responsibility.

"Russia has an international legal obligation to impartially investigate alleged war crimes by its soldiers," Williamson said. "Commanders should recognize that a failure to take action against murder and rape may make them personally responsible for war crimes as a matter of command responsibility."

For detailed findings, please see below.

Kharkiv Rape

On March 13, a Russian soldier beat and repeatedly raped Olha [not her real name], a 31-year-old woman in Malaya Rohan, a village in the Kharkiv region that Russian forces controlled at the time.

Russian soldiers entered the village on February 25, Olha said. That day, about 40 villagers, mostly women and girls, were sheltering in the basement of a local school. She was there with her 5-year-old daughter, her mother, her 13-year-old sister, and her 24-year-old brother.

At around midnight on March 13, a Russian soldier forcibly entered the school, Olha said: "He broke glass windows at the entrance to the school and banged on the door." A guard opened the door.

The soldier, who carried an assault rifle and a pistol, went into the basement and ordered everyone there to line up. The woman stood in the line holding her daughter, who was asleep. He told her to give him the girl, but she refused. He told her brother to come forward and ordered the rest of the group to kneel, or, he said, he would shoot everyone in the basement.

The soldier ordered her brother to follow him to help find food. They left and came back an hour or two later. The soldier sat down on the floor.

"People started asking if they could go to the bathroom and he let them, in groups of two and three," Olha said. After that, people started settling down for the night. The soldier approached her family and told her to follow him.

The soldier took her to a classroom on the second floor, where he pointed a gun at her and told her to undress. She said: "He told me to give him [oral sex]. The whole time he held the gun near my temple or put it into my face. Twice he shot at the ceiling and said it was to give me more 'motivation.'" He raped her, then told her to sit on a chair.

She said she was getting very cold in the unheated school and asked if she could get dressed, but the soldier told her she should only put on her top, not her pants or underwear. "While I was putting on my clothes, the soldier told me that he was Russian, that his name was [name withheld] and that he was 20. He said that I reminded him of a girl he went to school with."

The soldier told her to go to the basement and get her things, so that she could stay in the classroom with him. She refused. "I knew my daughter would cry if she saw me," she said. The soldier got a knife and told her to do so as he said if she wanted to see her child again. The soldier raped her again, put a knife to her throat and cut the skin on her neck. He also cut her cheek with the knife and cut off some of her hair. He hit her on the face with a book and repeatedly slapped her. Photographs that she shared with Human Rights Watch, dated March 19 and 20, show cut marks and bruising on her neck and face.

At about 7 a.m. on March 14, the soldier told her to find him a pack of cigarettes. They went downstairs together. She asked the guard to give the soldier some cigarettes. After the soldier got the cigarettes, he left.

That day she and her family walked to Kharkiv, where volunteers provided her with basic medical assistance. They moved into a bomb shelter. "I am lucky to be alive," she said. She said that the Malaya Rohan council authorities were in touch with her and her mother and that the authorities were preparing a criminal complaint, which they plan to file with Ukraine's prosecutor's office.

Human Rights Watch received three other allegations of sexual violence by Russian soldiers in other villages in the Chernihiv region and in Mariupol in the south but has not been able to independently verify them.

Summary Killings, Other Violence

On February 27, Russian forces rounded up six men in the village of Staryi Bykiv, in the Chernihiv region, and summarily executed them. Tetiana, from Novyi Bykiv, which faces Staryi Bykiv, just across the Supiy River, spoke with the relatives of four of the men who were killed. She told Human Rights Watch that on February 27, the bridge between Novyi Bykiv and Staryi Bykiv was blown up, and Russian forces shelled both villages. A column of Russian armored vehicles then entered Staryi Bykiv.

"Most people were hiding in their basements because of shelling, and soldiers went door to door," Tetiana said the families from Staryi Bykiv told her. The soldiers took six men from their homes:

They took six men from three different families. One mother had both of her sons taken [and shot]. Another young man was in his early 20s, his name was Bohdan, I know his mother well, she told me that the soldiers told her to wait near her house while they took her son … to question him. They said the same thing to other families. Instead, they led these six men away, took them to the far end of the village, and shot them.

Viktoria, Bohdan's mother, interviewed separately, told Human Rights Watch that on February 27:

They took my son, Bohdan [age 29], and my brother-in-law, Sasha [full name Olexander, age 39]. We were in the basement [due to the shelling], so we didn't see. They went out to smoke. Then our neighbor ran up and said he saw them taking Bohdan and Sasha away, and a few other guys.

Viktoria ran to the street to ask Russian soldiers at the checkpoint what had happened. "They told us not to worry, that [soldiers] would scare them a bit and then let them go," she said. "We walked away about 50 meters … and heard gunshots. It was about 6:20 p.m."

Viktoria said that the next day she and her sister went to the meadow and saw the bodies lying by a building there:

Three were on one side of the building, but not my son and brother-in-law. We walked around to the other side and saw [Bohdan and Sasha, and one more]. They were laying there. There were gunshots to their heads. Their hands were tied behind their backs. I looked at my son's body, his pockets were empty, he didn't have his phone, or keys or [identity] documents.

Viktoria asked soldiers at the checkpoint for permission to collect the bodies, but they refused. Heavy shelling continued the following days.

On March 7, Viktoria said, they again asked the soldiers for permission to collect the bodies: "At the checkpoint they told us to go the cemetery, that they'd bring us the bodies.… Everyone [all the neighbors] came, like 75 people.… We buried all of them on the same day, in separate graves."

Viktoria said that the other four men buried that day were Volodymyr, 40, another Olexander, 40, and two brothers, Ihor, 31, and Oleh, 33.

Tetiana said the soldiers also took all of the villagers' wood, leaving them nothing for cooking or heating their homes.

On March 4, Russian forces summarily executed a man in Bucha, 30 kilometers northwest of Kyiv, and threatened to execute four others, said a teacher who witnessed the killing. She said she heard shooting at about 7 a.m. and saw three Russian armored vehicles and four Kamaz [Russian brand] trucks driving down her street. She was sheltering in the cellar with her two dogs when she heard glass breaking, and then her front door being broken down. Voices outside said [in Russian]: "Come outside right now or we will throw a grenade."

She yelled that she was alone in the cellar and came out with her hands up.

"There were three men outside, two [Russian] soldiers and a commander," she said. "They took my phone and checked it, then told me to get my [identification] documents and come with them." As she walked down the street with the soldiers, she saw that they were also rounding up her neighbors and ordering them to walk. She said:

They took us to where the office of AgroButpostach [a rental storage company] used to be. Right next to the building, there is a parking lot and a small square. They gathered people at that square, mostly women but there were also several men among us, over 50 [years old]. There were around 30 military there and the commander had [paratrooper] insignia [on his fatigues]. He spoke with an accent from western or central western Russia.… I was born in Russia myself, so I pick up on such things. The soldiers were all thin and looked the worse for wear.

She said that the soldiers brought about 40 people to the square, gathered everyone's phones, checked documents, and asked who was in territorial defense, or local self-defense units:

Two women asked to go to the bathroom. One of them was pregnant. I asked to go with them. A soldier showed us the way to the toilet, which was around the building, I think it was now their headquarters. The building was long. Along the wall on the other side, we saw a large pool of blood.

She said they waited in the square for hours in the very cold weather:

At one point they brought in one young man, then four more. The soldiers ordered them [to] take off their boots and jackets. They made them kneel on the side of the road. Russian soldiers pulled their T-shirts, from behind and over their heads. They shot one in the back of the head. He fell. Women screamed. The other four men were just kneeling there. The commander said to the rest of the people at the square: "Don't worry. You are all normal—and this is dirt. We are here to cleanse you from the dirt."

She said that after several more hours the soldiers took the people back to their homes. The other four men remained kneeling when she left.

She said that when she was able to leave the town on March 9, the young man's body was still lying where he had been shot.

Dmytro, 40, told Human Rights Watch that he and his family fled the heavily shelled city of Bucha on March 7. He said that they did not know of any safe evacuation routes, so they walked—wrapped in white sheets and waving white sheets in the air—for about five kilometers to the village of Vorzel.

Once in Vorzel, they sheltered for two nights in the basement of a two-story building, with a group of local residents. Dmytro said that there was a woman with them in the basement who had chest and leg wounds. Other people in the basement told him that she had been shot the day before, when Russian soldiers stormed that same basement and threw a smoke grenade inside. Several people panicked and ran outside, where Russian soldiers fired at them. The woman was wounded, and the people in the basement told him that a 14-year-old child was shot in the head and killed. Dmytro said that the woman died the next day, on March 8. He and several local residents buried her outside the bomb shelter.

On March 4, Russian forces threatened to execute a man and his son in Zabuchchya, a village outside the city of Irpin, northwest of Kyiv. A village resident said that on March 4, Russian forces entered the village, where he was sheltering with 10 other people, including a family from Irpin, in the basement of his home. In a separate interview, his daughter corroborated his account. He said that 13 soldiers entered his house to search it:

The soldiers asked about my son, 34, who is in the territorial defense. He came out to meet them. They asked who was in the house and then they searched the house and turned it upside down.… In the backyard, they found my hunting rifle and a bottle of gasoline, and they went ballistic.

The commander who gave orders to others said: "Take them [me and my son] to the tree outside and shoot them." They took us outside. One of the soldiers objected. They took us back inside and ordered my son to strip naked because they said they wanted to look for nationalist tattoos. Other soldiers also went to houses on our street, including the house of a judge—she had gone and locked the house—and the local council deputy.

They broke the window in the judge's house to get in. We saw them taking bags and bags of stuff out of the judge's house. After that, they left.… I took my family and everyone who was in the basement, and we fled in two cars. My wife and my son and mother, 80, are now staying at my daughter's house in Khodosivka [southwest of Kyiv].

Quelle: Human Rights Watch, 03.04.2022, https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas.

DOKUMENTATION

Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

Tabelle 1: Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine (09. – 31. März 2022)

Datum	Staat/ Organisation	Art der Hilfe
10.03.2022	USA	Knapp 53 Mio. US-Dollar (48 Mio. Euro) für humanitäre Unterstützung von der US-Regierung durch USAID. Die Hilfe geht auch an das UN World Food Program, um lebensnotwendige Unterstützung in Form von Nahrung zu sichern.
11.03.2022	Schweden	Die schwedische Polizei spendet 367 kugelsichere Westen, 94 kugelsichere Helme, 62 Ferngläser, 5 Drohnen, 3400 Teile an Schutzkleidung.
11.03.2022	Europäische Union	300 Mio Euro als erster Teil der Soforthilfen (siehe Eintrag 21.02.) wurden ausgeschüttet. Weitere 300 Mio. Euro sollen nächste Woche folgen und die restlichen 600 Mio. im Laufe des Jahres.
12.03.2022	USA	Militärische Hilfe in Höhe von 200 Mio. US-Dollar (182 Mio. Euro) Die Gelder sollen für Waffen sowie militärische Dienste und Schulungen für ukrainische Kräfte bereitstehen.
14.03.2022	Pharmaunternehmen Pfizer	Alle Erlöse, die aus der russischen Tochtergesellschaft von Pfizer kommen, will das Unternehmen für Zwecke spenden, die der direkten humanitären Hilfe für die Bevölkerung in der Ukraine zugute kommen.
14.03.2022	UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR	Das UNHCR hat 200 Mio. US-Dollar (183 Mio. Euro) an Spenden erhalten. Mit diesen Geldern wurden unter anderem Luftbrücken und Lastwagen-Konvois mit Hilfen für Flüchtlinge und Vertriebene organisiert.
15.03.2022	Südkorea	Militärische Hilfe in Höhe von 800.000 US-Dollar (717.000 Euro) in Form von nicht-tödlicher militärischer Ausrüstung.
16.03.2022	USA	Militärische Hilfen in Höhe von 800 Mio. US-Dollar (717 Mio. Euro). Mit enthalten sind unter anderem 800 Luftabwehrsysteme, 9000 Panzerabwehrsysteme, 7000 kleinere Waffen wie Maschinenpistolen, Granatwerfer und Drohnen.
16.03.2022	UK	Militärische Hilfe in Form von Flugraketenabwehrsystemen.
16.03.2022	USA	Humanitäre Hilfe in Höhe von 186 Mio. US-Dollar (170 Mio. Euro)
16.03.2022	WHO	Humanitäre Hilfe: 36 Tonnen medizinischer Hilfsgüter.
17.03.2022	Deutsches Krebsforschungszentrum und Deutsche Krebshilfe	Krebspatient:innen aus der Ukraine und deren Angehörige sollen mit einem Hilfsfond und Informationen in der Landessprache unterstützt werden.
17.03.2022	Weltbank	100 Mio US-Dollar (90,3 Mio Euro) werden als Notfallhilfe für Hochschuldbildung zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld werden 172.000 Stipendien für Studierende finanziert für das akademische Jahr 2021-2022.
18.03.2022	Europäische Union	300 Mio Euro als zweiter Teil der Soforthilfen (siehe Eintrag 11.03.) werden ausgeschüttet.
19.03.2022	Deutsche Lebensmittel- unternehmen	Seit dem Beginn des Krieges wurden 3.000 Tonnen Lebensmittel gespendet und in die Ukraine geliefert.
21.03.2022	Neuseeland	Es sollen Gelder in Höhe von 3,4 Mio. US-Dollar (3,07 Mio. Euro) in einen NATO-Treuhandfonds fließen, der nicht tödliche Waffen bereitstellt. Neuseeland schickt zudem überschüssige taktische Verteidungswaffen.
21.03.2022	Europäische Union	Die EU stockt die militärische Hilfe auf 1 Mrd. Euro auf. Das erste Paket wurde Ende Februar verabschiedet in Höhe von 500 Mio. Euro (siehe Eintrag 27.02.).
21.03.2022	China	Humanitäre Hilfe in Höhe von 1,57 Mio. US-Dollar (1,42 Mio. Euro)
22.03.2022	Europäische Zooverbände	576.000 Euro haben europäische Zooverbände an ukrainische Zoos gespendet.
23.03.2022	Deutschland	Militärische Hilfe in Form von 2.000 weiteren Panzerfäusten

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine (09. – 31. März 2022) (Fortsetzung)

Datum	Staat/ Organisation	Art der Hilfe
24.03.2022	UK	Militärische Hilfe: Es werden weitere 6.000 Raketen und zusätzlich 25 Mio. britische Pfund (29,7 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt.
24.03.2022	USA	Humanitäre Hilfe in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar (905 Mio. Euro).
25.03.2022	Deutschland	Es sind weitere Waffenlieferungen aus Deutschland in der Ukraine eingetroffen. Darunter sind 1.500 Luftabwehrraketen vom Typ "Strela", 100 Maschinengewehre MG3 und 8 Mio. Schuss Munition für Handfeuerwaffen. Außerdem sind noch 35.000 Essenspakete, 50 Fahrzeuge für den medizinischen Bedarf und und Materialien für die medizinische Versorgung angekommen.
26.03.2022	USA	100 Mio. US-Dollar (91 Mio. Euro) gehen an das ukrainische Innenministerium. Von dem Geld sollen der Grenzschutz und die Polizei weiter ausgerüstet werden.
29.03.2022	Aserbaidschan	Aserbaidschan wird der Ukraine Treibstoff für die Aussaat liefern.
30.03.2022	Norwegen	Militärische Hilfe in Form von 2.000 weiteren Panzerabwehrhandwaffen vom Typ M72.
30.03.2022	USA	Die USA sagen der Ukraine weitere 500 Mio. US-Dollar (448 Mio. Euro) als direkte Haushaltshilfe zu.

Zusammengestellt von Marlena Sophie Luth.

CHRONIK

02. – 10. März 2022

02.03.2022	Die UN-Vollversammlung verurteilt mit großer Mehrheit den russischen Angriff auf die Ukraine. 141 Mitgliedsstaaten sprechen sich gegen den Krieg aus und fordern den Abzug russischer Truppen aus der Ukraine. 35 Länder, darunter China, enthalten sich. Nur fünf Länder, darunter Russland, Belarus und Syrien, stimmen dagegen.
02.03.2022	Russische Truppen bringen die Stadt Cherson im Süden der Ukraine unter ihre Kontrolle und besetzen das lokale Regierungsgebäude, berichtet der Bürgermeister der Stadt, Ihor Kolichajew. Auch im Umland der Hauptstadt Kyjiw gibt es heftige Gefechte, die Stadt bleibt jedoch weiterhin unter ukrainischer Kontrolle. In Kyjiw sind heftige Detonationen von Raketenangriffen zu hören. Im ostukrainischen Charkiw werden durch die russischen Angriffe mindestens drei Schulen zerstört. Ein ukrainisches Mitglied der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine kommt bei einem weiteren Angriff in Charkiw ums Leben.
02.03.2022	Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation teilt erstmals Verluste des eigenen Militärs mit: Laut offiziellen Angaben sind bisher 498 russische Soldaten getötet worden, weitere 1.597 wurden verletzt. Laut Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums sind die russischen Verluste weitaus höher: etwa 5.840 russische Soldaten sollen bisher ums Leben gekommen sein.
02.03.2022	Die Menschenrechtsbeobachtungsmission der Vereinten Nationen in der Ukraine teilt mit, dass es seit Beginn der russischen Invasion 752 zivile Todesopfer gegeben habe. Vermutlich sei diese Zahl weitaus höher, da eine genaue Erfassung aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen schwierig sei.
03.03.2022	Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag leitet eine Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Die Ermittlung umfasst den Zeitraum seit 2013 und schließt auch die Zeit seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 mit ein. Das Gericht befasst sich mit möglichen Verbrechen aller Konfliktparteien.
03.03.2022	In der Oblast Brest in Belarus treffen sich die ukrainische und die russische Delegation zur zweiten Gesprächsrunde seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022. Die Kriegsparteien einigen sich nicht auf eine Waffenruhe, jedoch auf die Schaffung humanitärer Korridore zur Evakuierung aus besonders umkämpften Gebieten. Ein weiteres Treffen soll »in kürzester Zeit« stattfinden, so der Vertreter der ukrainischen Delegation, Mychajlo Podoljak.

03.03.2022	Russische Streitkräfte beschießen in der Nacht das größte Kernkraftwerk Europas nahe der südukrainischen Stadt Saporischschja. Ein Feuer, das durch den Beschuss ausbricht, wird am frühen Morgen wieder gelöscht. Die Internationale Atomenergiebehörde registriert keine erhöhte Strahlung. Zuvor waren russische Panzer und Infanterie in die Stadt Enerhodar neben dem Kraftwerk eingedrungen. Der Bürgermeister der Stadt, Dmytro Orlow, berichtet außerdem von heftigen Kämpfen zwischen russischen und ukrainischen Soldaten in der Region. Auch aus den Regionen Sumy und Tschernihiw werden heftige Gefechte gemeldet, wobei die Stadt Ochtyrka, in der knapp 50.000 Einwohner:innen leben, von der Versorgung mit Wasser, Heizung und Strom abgeschnitten wurde.
03.03.2022	Laut dem US-Verteidigungsministerium befinden sich bereits 90 Prozent der von Russland für die Invasion eingeplanten Einheiten in der Ukraine. »Russland bewege sich auf sein ultimatives Ziel zu, die Übernahme von Kyjiw und des gesamten Landes«, so Regierungssprecherin Jen Psaki.
03.03.2022	In einer Pressekonferenz für ausländische Medien bittet Präsident Wolodymyr Selenskyj die NATO, den Luftraum über der Ukraine zu schließen, und fordert: »Wenn ihr nicht die Kraft habt, den Himmel zu schließen, dann gebt uns Flugzeuge.« Am gleichen Tag ruft auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba in einem Appell auf dem Kurznachrichtendienst Twitter dazu auf, der Ukraine Flugzeuge zur Verteidigung gegen die russischen Angriffe bereitzustellen: »Wie können Sie schlafen, wenn Bomben auf ukrainische Kinder in Mariupol, Cherson, Charkiw und in anderen Städten fallen?«
03.03.2022	Die EU will der Ukraine weitere 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, kündigt der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, an. Bereits im März sollen mindestens 600 Millionen Euro bereitgestellt werden.
03.03.2022	US-Präsident Joe Biden fordert den US-Kongress auf, 10 Milliarden US-Dollar für die Ukraine zu bewilligen. Das Geld soll die sich abzeichnende humanitäre Krise bewältigen und die Verteidigungskapazitäten der Ukraine stärken, berichtet die Washington Post.
04.03.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj kritisiert die ablehnende Haltung der NATO, eine Flugverbotszone in der Ukraine einzurichten. Die NATO verweigert diese mit der Begründung, dies könnte das Verteidigungsbündnis in den Krieg hineinziehen.
04.03.2022	Der UN-Menschenrechtsrat beschließt, Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine zu untersuchen. So berichten z. B. die ukrainischen Streitkräfte, dass Russland in der Stadt Pokrowsk im Gebiet Donezk Streumunition eingesetzt haben soll. Der Einsatz von Streubomben gegen Zivilisten stellt ein Kriegsverbrechen dar. Der Kreml dementiert den Einsatz von Streumunition. In der Stadt Butscha bei Kyjiw sollen russische Soldaten gezielt ein Auto mit Zivilisten beschossen haben. Dabei wurden zwei Insassen getötet, darunter eine 17-jährige Schülerin, vier weitere wurden verletzt.
04.03.2022	Der Bürgermeister von Mariupol, Wadym Bojtschenko, bittet um Hilfe und fordert einen humanitären Korridor. Die Stadt sei eingekesselt und von Heizung, Wasser und Strom abgeschnitten, den Menschen gehen die Lebensmittel und die Medikamente aus, so Bojtschenko: »Wir werden hier zerstört«.
05.03.2022	Eine geplante Evakuierung der Zivilbevölkerung aus der Stadt Mariupol wird abgebrochen, da Russland die Stadt und die angrenzenden Gebiete beschießt. Der von der russischen Armee eingekesselten Stadt droht eine humanitäre Katastrophe. In der heftig beschossenen Stadt sollen sich ukrainischen Angaben zufolge noch ca. 400.000 Menschen aufhalten, die nicht fliehen können.
05.03.2022	Laut Angaben der ukrainischen Nationalgarde haben sich seit Kriegsbeginn 100.000 Ukrainer:innen den Territorialen Verteidigungseinheiten angeschlossen.
05.03.2022	Die ukrainische Armee übernimmt wieder die volle Kontrolle über die südukrainische Stadt Mykolajiw, berichtet der Gouverneur der Region, Witalij Kim.
05.03.2022	Laut Berichten des Wall Street Journals überlegen Polen und die USA, dass Polen der Ukraine Kampfjets zur Verfügung stellt und im Gegenzug amerikanische F-16-Kampfjets erhält.
05.03.2022	EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teilt mit, dass die »Flüchtlinge aus der Ukraine unsere Solidarität und Unterstützung verdienen, und das gilt auch für die Länder, die sie aufnehmen«. Die EU stellt 500 Mio. Euro für die Flüchtlingshilfe bereit. Der US-Außenminister Anthony Blinken erklärt bei seinem Besuch in Polen, dass die USA zusätzliche humanitäre Hilfe im Umfang von 2,75 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stellen werden und damit auch die Länder unterstützt werden sollen, die Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen.

06.03.2022	Einem hochrangigen US-Verteidigungsbeamten zufolge hat Russland bereits 600 Raketen auf die Ukraine abgefeuert und 95 Prozent seiner für die Invasion bereitgestellten Truppen in der Ukraine stationiert. Die Kämpfe in und um Cherson, Mykolajiw, Kiew, Mariupol, Tschernihiw und Charkiw dauern an. Die russischen Vorstöße sollen aufgrund des starken ukrainischen Widerstands jedoch erheblich verlangsamt worden sein, so der US-Militär. Auch der britische Geheimdienst berichtet, dass Russland in den letzten zwei Tagen keine nennenswerten Gewinne erzielt habe.
06.03.2022	In Irpin bei Kyjiw sollen 8 Zivilist:innen bei der Evakuierung aus der Stadt erschossen worden sein, darunter zwei Kinder, berichtet der Bürgermeister der Stadt, Oleksandr Markuschin.
07.03.2022	Die dritte Gesprächsrunde zwischen der Ukraine und Russland endet ergebnislos, die Parteien einigen sich auf weitere Gespräche.
07.03.2022	Laut Angaben des US-Militärs soll Russland nun nahezu 100 Prozent der zuvor an den Grenzen zur Ukraine stationierten Truppen im Einsatz in der Ukraine haben.
07.03.2022	Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde teilt mit, dass in Charkiw eine nukleare Forschungseinrichtung beschossen worden sei. Es sei jedoch keine Strahlung ausgetreten.
07.03.2022	Der ukrainische Minister für Infrastruktur, Oleksandr Kubrakow, berichtet, dass die bisherigen Kriegsschäden der ukrainischen Verkehrsinfrastruktur sich auf 10 Milliarden Dollar belaufen. Er schätzt, dass die meisten Schäden innerhalb eines Jahres behoben werden können, die komplexesten in »höchstens zwei Jahren«.
07.03.2022	Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hält eine erste Anhörung im Fall »Die Ukraine gegen die Russische Föderation«. Die Ukraine hatte am 26. Februar, zwei Tage nach Beginn der russischen Invasion, ein Verfahren auf Grundlage der »Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes« beantragt. Russland lehnt eine Teilnahme am Verfahren ab.
08.03.2022	Per Videokonferenz hält Präsident Wolodymyr Selenskyj eine Rede vor dem britischen Parlament und sagt: »Wir werden nicht aufgeben und wir werden nicht verlieren«. Er fordert vom Parlament weitere Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und die Einrichtung einer Flugverbotszone.
08.03.2022	Der Gouverneur der Region Sumy, Dmytro Schywyzkyj, teilt mit, dass 5.000 Menschen aus der Stadt Sumy in die Region Poltawa evakuiert werden konnten. Für den nächsten Tag sei ein weiterer humanitärer Korridor zur Evakuierung geplant. In der Nacht gab es schwere Luftangriffe auf die Stadt, wobei 22 Menschen getötet wurden, darunter drei Kinder, so Schywyzkyj.
08.03.2022	Nach Angaben von Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko hat das russische Militär 61 ukrainische Krankenhäuser angegriffen und dabei Gebäude und medizinische Ausrüstung zerstört.
09.03.2022	Im türkischen Antalya treffen der ukrainische Außenminister, Dmytro Kuleba, und sein russischer Amtskollege, Dmitri Lawrow, erstmals zu hochrangigen Gesprächen seit Russlands Angriff auf die Ukraine zusammen. Die Türkei, die zu beiden Staaten enge Beziehungen unterhält, hatte sich zuvor als Vermittler angeboten. Das Treffen endet ergebnislos, weil nach Angaben Kulebas Russland keinen Frieden wolle, sondern eine Kapitulation der Ukraine.
09.03.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj teil der BILD mit, dass der Krieg nur durch direkte Gespräche zwischen ihm und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin beendet werden könne. Aktuell gebe es jedoch, trotz mehrfacher Aufforderung von Selenskyj, keine direkten Gespräche mit Putin.
09.03.2022	Der Stabschef des ukrainischen Präsidenten, Andrij Jermak, teilt mit, dass die Ukraine eine Website (https://humanrights.gov.ua/) bereitgestellt habe, wo Menschenrechtsverstöße und Kriegsverbrechen durch die russische Armee dokumentiert würden. Die gesammelten Informationen sollen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Internationalen Gerichtshof als Beweismittel zur Verfügung gestellt werden.
09.03.2022	Die USA lehnen das Angebot Polens zur Lieferung von Kampfflugzeugen an die Ukraine ab. Polen hatte angeboten, seine MiG-29-Kampfjets auf einen US-Stützpunkt in Deutschland zu verlegen, von wo aus sie der ukrainischen Luftwaffe übergeben werden sollten. Im Gegenzug sollte Polen amerikanische Kampfjets erhalten. Das US-Verteidigungsministerium ist jedoch der Auffassung, dass dieser Schritt von Russland als eskalierend angesehen werden könnte.
09.03.2022	Britische und US-amerikanische Geheimdienste befürchten, dass Russland in der Ukraine chemische oder biologische Waffen einsetzen könnte. Russland wirft der Ukraine vor, an solchen Waffen zu arbeiten.
09.03.2022	Laut ukrainischen Angaben hat Russland seit Beginn des Krieges in der Ukraine vor zwei Wochen bereits 56 Flugzeuge und 82 Helikopter verloren. Angaben über eigene Verluste werden nicht gemacht.
09.03.2022	In der ukrainischen Hafenstadt Mariupol, die von der russischen Armee belagert wird, wird bei einem Luftangriff eine Entbindungsklinik getroffen. Mindestens drei Menschen sterben, 17 werden verletzt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wirft Russland daraufhin Völkermord vor: »Der Abwurf einer Bombe auf ein Entbindungskrankenhaus ist der ultimative Beweis dafür, dass es sich um einen Genozid an den Ukrainern handelt«.

09.03.2022	UNICEF berichtet, dass seit Ausbruch des Krieges mehr als eine Million Kinder die Ukraine verlassen haben. Laut UN sind in der Ukraine bisher mehr als 500 Zivilisten ums Leben gekommen, darunter 37 Kinder. Die tatsächlichen Opferzahlen seien vermutlich weitaus höher, so die UN.
09.03.2022	Der Internationale Währungsfonds bewilligt der Ukraine eine Notfinanzierung von 1,4 Mrd. US-Dollar. Die Mittel sollen den dringenden Finanzierungsbedarf decken und die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges abmildern.
09.03.2022	Das US-Repräsentantenhaus verabschiedet ein Haushaltsgesetz, das 13,6 Milliarden US-Dollar Hilfen für die Ukraine bereitstellt. Die Mitglieder des US-Repräsentantenhauses haben damit die ursprünglich von US-Präsident Joe Biden geforderten 10 Mrd. US-Dollar Soforthilfe für die Ukraine sogar noch aufgestockt. Das US-Verteidigungsministerium erhält 6,5 Mrd. US-Dollar für militärische Unterstützung der Ukraine, weitere 6,6 Mrd. US-Dollar werden für humanitäre und wirtschaftliche Hilfen bereitgestellt.
09.03.2022	Das französische Außenministerium teilt mit, der Ukraine und ihren Nachbarstaaten 100 Millionen Euro und 100 Tonnen an Hilfsgütern zur Verfügung zu stellen, um die vom Krieg in der Ukraine betroffenen Menschen zu unterstützen.
09.03.2022	In einem Interview mit der Wochenzeitung »Die Zeit« teilt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit, dass er die nuklearen Drohungen des russischen Präsidenten Wladimir Putins für einen Bluff hält: »Ich denke, die Drohung mit einem Atomkrieg ist ein Bluff. Es ist eine Sache, ein Mörder zu sein. Ein Selbstmörder ist eine andere Sache. Jeder Einsatz von Atomwaffen bedeutet das Ende für alle Beteiligten – nicht nur für die Person, die sie benutzt. Putins Drohung zeigt vielmehr eine Schwäche. Man droht mit Atomwaffen nur dann, wenn alles andere nicht funktioniert.«
10.03.2022	In der südukrainischen Hafenstadt Mariupol verschärft sich die humanitäre Katastrophe: Den sechsten Tag infolge konnten keine humanitären Hilfsgüter in die belagerte Stadt gebracht werden, wie Bürgermeister Wadym Bojtschenko berichtet. Auch die Evakuierung der Zivilbevölkerung ist aufgrund des anhaltenden Beschusses erneut gescheitert.
10.03.2022	Der 64 km lange russische Militärkonvoi in der Nähe von Kyjiw hat sich nach neuesten Satellitenbildern weitgehend aufgelöst. Teile des Konvois sollen sich in Wäldern neu positioniert haben, andere wurden in Wohngebieten gesichtet. Am 28. Februar waren Satellitenbilder aufgetaucht, die den riesigen Konvoi zeigten, wie er sich von Norden her in Richtung der Hauptstadt Kyjiw zubewegte.
10.03.2022	Die russische Armee hat seit Beginn des Krieges mehr als 280 Schulen beschossen, erklärt der ukrainische Minister für Bildung und Wissenschaft, Serhij Schkarlet.
10.03.2022	Laut Iryna Wereschtschuk, Ministerin für die Wiedereingliederung der temporär besetzten Gebiete, konnten innerhalb der letzten zwei Tage mehr als 80.000 Zivilisten aus den Oblasten Sumy und Kiew evakuiert werden. Aus Sumy und den benachbarten Orten Trostjanez und Krasnopillja konnten 60.000 Menschen evakuiert werden, aus Butscha, Hostomel, Irpin und Worschel bei Kyjiw 20.000 Menschen. Die Kyjiwer Vororte zählen aktuell zu den am stärksten umkämpften Gebieten in der Ukraine. Die Hauptstadt Kyjiw soll nach Angaben des Bürgermeisters Witalij Klytschko seit Kriegsausbruch mehr als die Hälfte der Bevölkerung verlassen haben.
10.03.2022	Aus mehreren Gebieten der Ukraine wird gemeldet, dass russische Militärangehörige gezielt Zivilisten beschossen haben sollen. So soll in Makariw in der Kyjiwer Oblast ein Auto mit zwei Insassen beschossen worden sein, die beide ums Leben kamen. In dem Dorf Dariwka in der Region Cherson soll ebenfalls ein Auto beschossen worden sein, wodurch das Auto in Flammen aufging und die Fahrerin verbannte.
10.03.2022	Die USA lehnen die Lieferung des Patriot-Luftabwehrsystems an die Ukraine ab. Zu deren Nutzung würden US-Soldaten benötigt, deren Teilnahme am Kriegsgeschehen die US-Regierung jedoch strikt ablehnt.
10.03.2022	Bei einem Treffen in Brüssel verurteilen die Staats- und Regierungschefs der EU das »unsägliche Leid«, das Russland über die Ukraine gebracht hat und erklären, dass sie »die Ukraine nicht allein lassen werden«. Die EU-Bestrebungen der Ukraine werden zwar anerkannt, einen schnellen EU-Beitritt des Landes, wie von der Ukraine gefordert, werde es jedoch nicht geben, heißt es in der gemeinsamen Abschlusserklärung.

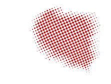
Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf http://www.laender-analysen.de/ukraine/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*





























Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/